

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohmentspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzettel-Nr. Nr. 4158) vierteljährlich 1.80 M., für 2 Monate 1.20 M., für 1 Monat 60 Pf. exkl. Versandgeld.

Redaktion:
Dr. Bruno Schenck.

Inserate werden die gespaltene Zeitung oder deren Blatt mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr stell in der Expedition abgegeben sein. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszelt 8—7 Uhr. Sonn- und Feiertags geschlossen. — Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Zur Lage.

* Leipzig, 28. Februar.

Bis in die tiefsten Tiefen ist die Volksmasse Sachsen aufgerüttelt worden. Der Kampf für das Wahlrecht, gegen die gemeinschädlichen Pläne des Umsturzes von oben hat die Hunderttausende unter das Panier der Freiheit geführt. Er hat dem sozialen Ingomm, der in den breiten Schichten der Unterdrückten mäßig um sich greift, eine sichere Bahn, ein festes Ziel gewiesen.

Großartige Kundgebungen zeigten den Herrschenden, weshalb Sinnes die in ihrem höchsten politischen Gute Bedrohten sind. Niemals noch hat das Volk für seine Rechte so imposant, so nachdrücklich, so bereit demonstriert, wie in diesen Tagen der Wahlrechtsversammlung.

Ein Gedanke bewegte Alle, Alle beseelte Eine Empfindung, und die Harmonie der Ausgebeuteten erschreckte die Gewalthaber.

Schlotternde Angst hat den Wahlgesetzentwurf erzeugt. Und die blasse Furcht peitscht seine Urheber dazu, in steigender Eile die Entrechungsvorlage unter Dach und Fach zu bringen.

Wer zweifelt daran, daß dieser Entwurf Gesetz wird? Vielleicht noch die akademischen Ideologen des Bürgertums, die, hineingerissen in den Strom der Wahlrechtsbewegung, den Klassengenossen vergeblich die Schamröte zu wecken versuchen?

Für die klassenbewußte Arbeiterschaft aber war der Weg, den sie zu gehen hatte, klar und scharf vorgezeichnet. Die Verhältnisse selbst zeigten den Weg. Sie hatte gelernt, daß hinter ihr das Volk stand, hinter ihr die kleinen Leute, die ungezählten Mengen der politisch und wirtschaftlich Bedrückten. Die Sozialdemokratie hatte die Führung in dem Streite für das freie Wahlrecht übernommen, sie stand so im innigsten Zusammenhang auch mit den Schichten der Bevölkerung, die bisher noch gleichgültig, wo nicht feindselig geblieben waren.

Hier war die Gelegenheit gegeben, all diese Kräfte energisch zusammenzufassen, die Grundsätze der Partei zu propagieren und ihr einen neuen Stamm von Anhängern zu gewinnen.

Denn das Eine stand fest: möchte die Vorlage Gesetz werden oder nicht, der Funke hatte eingeschlagen, der Kampf für das allgemeine Wahlrecht war zu einer höchst bedeutsamen, zu einer praktischen Frage ersten Ranges geworden.

Nun wird unzweifelhaft die Vorlage von den Ständen angenommen, vom Könige sanktioniert werden.

Die erste Phase der Wahlrechtsbewegung schließt dann ab, die Wahlentrichtung würde Gesetz.

Und was hätte nun zu geschehen? Der natürliche Abschluß dieses ersten Abschnittes ist die sofortige, einmütige Mandatsniederlegung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Dem gewaltigen Protest der Masse muß dieser Protest der Arbeitervertreter folgen.

In einem Parlament, das die sozialdemokratischen Vertreter durch Gesetz ausschließt, das die Mehrheit der Wähler zu politischen Nullen herabwirkt und die Alleinherrschaft des Mammonismus begründet, ist kein Platz mehr für die Erwählten des Proletariats.

Denn nie und nimmer kann unter dem Zwange des Dreiklassenwahlgesetzes, das sogar nach der amtlichen Berechnung achtzig Prozent aller Wähler in die ohnmächtige dritte Klasserabteilung einspielt, ein Vertreter dieser dritten Klasse, ein sozialdemokratischer Abgeordneter in den Landtag gewählt werden, nie und nimmer kann die politisch vogelfrei gewordene Masse den Mann ihres Vertrauens in die Kammer entsenden.

Ohne Hoffnung auf Zugang, ohne Aussicht auf dauernde, erziehliche Thätigkeit würden die aus der Zeit des heutigen Landtagswahlrechts übrig gebliebenen Arbeitervertreter schlichtweise vor die Thür gesetzt. Jeder neue Wahltermin schobt eine Reihe der Zurückgelassenen rücksichtslos ab, und in vier Jahren etwa wäre auch der Letzte ohne Sang und Klang verschwunden.

Welche Stellung nähmen die neun Landtagsabgeordneten, die in der nächsten Landtagssession noch in der Kammer fäßen, denn ein?

Dann der pfiffigen Berechnung der Gewalthaber wird nicht etwa nach Inkrafttreten der Vorlage der Landtag aufgelöst und eine Gesamtwahl angeordnet. Um die Masse einzuschließen, um die Erbitterung über die gehane Unbill abzuschwüchen, wird nicht mit einem Schlag das Geldsackparlament installiert; die Censuskämmerlinge werden partienweise eingeschmuggelt.

Geduldet von den Machthabern, die es auch anders hätten halten können, von Gnaden der Reaktion dürfen die Arbeitervertreter noch eine Frist, eine Galgenfrist im Landtage sein, ihres endlichen Schicksals gewiß. Sie müssen in Wölde hinaus, nicht aber ist's ihr freier Entschluß, sondern der eiserne Druck der mechanischen Gewalt, die in dem neuen Wahlgesetz gesetzlich parabolisiert ist.

Wie würde sich eine Wahlrechtsbewegung gestalten, wenn unter der Herrschaft des neuen Gesetzes noch Sozialdemokraten im Landtage blieben? Wie würde dieser Thatsatz bestehen, das kampfhafte Festhalten an den Mandaten, gegen den Protest der Masse ausgespielt werden? Wahrscheinlich, der Hohn und Spott der Widersacher wäre dann, wenn man solche verpuschte Politik trieb, nicht unverdient.

Weil solch ein Zustand sich nicht vertrüge mit den Grundsätzen, mit der Würde der Partei, weil er die Versumpfungspolitik der Herrschenden unmittelbar förderte, deshalb verlangt das werkthätige Volk die Mandatsniederlegung.

Erstaunlich aber ist es zu sehen, wie man sich hinter verfassungsrechtliche Wortlaubereien verschanzt, wie man die Frage, wann das Gesetz sanktioniert werde, in den Vordergrund schiebt. Nicht darauf kommt es an, wann, ob sofort nach der Annahme der Vorlage durch die Kammern oder einige Wochen später der König seine Unterschrift giebt, sondern darauf, daß die Sozialdemokratie rechtzeitig den Entschluß der Landtagsfraktion erfährt. Die Frage liegt einfach so: Mandatsniederlegung oder nicht?

Die Fraktion sagte: Nein, provozierte dann aber, aus der Partei heraus dazu gedrängt, einen Landeskongressbeschluß. Sie setzte jedoch den Termin dazu so spät an, daß dank dieser Verzögerung der Ersatz der Mandatsniederlegung auf das erheblichste abgeschwächt wird.

Der schwere taktische Fehler, den die Landtagsfraktion begeht, zeigt nicht für ihren Weitblick.

Es genügt uns festzustellen, daß das Centralorgan der Partei, der Vorwärts, wie man an anderer Stelle dieses Blattes nachlesen mag, heute wieder die Notwendigkeit der Mandatsniederlegung mit aller Deutlichkeit hervorhebt.

Das beste wäre es gewesen, die Fraktion hätte den wichtigen Schritt aus eigenem Entschluß gethan. Eine einfache Erklärung, daß sie so handeln würde, hätte jede öffentliche Erörterung, jede Auseinandersetzung überflüssig gemacht.

Das ist nicht geschehen. Deshalb haben wir, nicht zu früh und nicht zu spät, sondern im rechten Augenblick das rechte Wort geprahnt. Wer von „Übereilung“ spricht, kennt den Verlauf der Dinge nicht; wir haben aber jetzt keinen Anlaß, auf diese Vorgänge näher einzugehen.

Die Landtagsfraktion hat nun ausdrücklich erklärt, daß sie nicht für die Mandatsniederlegung, daß sie nicht für einen Schritt sei, den unseres Erachtens die Mehrheit der Parteigenossen für den einzigen richtigen, den notwendigen hält.

Vielmehr hat sich die Landtagsfraktion darauf zurück-

Seuilleton.

Magazin verboten.

Die Entgleisten.

Eine Katastrophe in sieben Tagen nebst einem Vorabend von Ernst von Wolzogen.

Jetzt trat der Lieutenant von Prezler langsam auf Madame Verhaes zu und verdeckte seine freie Hand in die Tasche seines Rockstocks.

Langsam und nachdrücklich begann er zu sprechen:

„Wenn das wahr wäre, wenn Sie wirklich die Kraft zu einem sittlichen Entschluß gefunden hätten — wissen Sie, was Sie dann gehan hätten? Dann hätten Sie es gemacht wie ich. Mir ist es ungefähr ebenso ergangen wie Ihnen. Ich erfuhr das auch im Zustande der tiefsten Erniedrigung, wie Sie so schön sagen. Wissen Sie, was ich gehan habe? Ich habe mir das Ding da geladen und einen Grabstein bestellt.“

Und damit zog er rasch den Revolver aus der Tasche und hielt ihn ihr vor die Augen.

Mit einem Schrei wich sie vor ihm zurück bis in die nächste Ecke des Zimmers. Sie hielt die Hände vor das Gesicht und rief:

„Um Gotteswillen, was wollen Sie thun?! Sie wollen sich doch nicht . . .“

„Sawohl! Ich will meine Tochter von der Schande befreien, einen solchen Vater zu besitzen,“ sagte er fest und bestimmt. Und dann spannte er den Hahn des Revolvers,

und schritt langsam auf sie zu. „Aber die andere Schande ist doch vielleicht noch schlimmer. Die Sicherheit muß ich wenigstens mitnehmen, daß meine Lisbeth auch von der befreit ist. Wofür fürchtet Du Dich denn, Agnes, mein Schatz? Du bist ja doch abgestorben für diese Welt, Du hast ja den großen sittlichen Entschluß gefaßt! Sieh mal, ich will Dir helfen, ich reiche Dir die Hand — Du sollst mit mir gehen!“

Sie kreischte laut auf, rannte nach der Thür, schlug mit den Fäusten dagegen und schrie:

„Hilfe! Hilfe! Er will mich umbringen!“

„Was, Angst hast Du!“ rutschte der Lieutenant und stellte ihr mit großen Schritten nach.

Sie floh vor ihm her, winnend und kreischend verbarg sie sich hinter dem Katheder.

„Schrei nicht so!“ herrschte er sie an. „Bringe mir nicht das Haus in Aufruhr! Ich will hier nicht knallen. Komm mit mir hinaus, ganz ruhig! Ich wech da draußen ein stilles, einsames Plätzchen. — Was, Du willst nicht? Gut, dann mußt Du auf der Stelle sterben!“

Er jagte sie hinter dem Katheder hervor und rüttete die Waffe auf sie.

„Hilfe! Hilfe!“ schrie sie wieder in den höchsten Tönen der Todesangst. „Schieß nicht! Läß mich leben! Ich, um Gottes Barmherzigkeit, nur leben! Ich will thun, was Du willst! Alles will ich Dir versprechen — nur lass mich leben!“

Er senkte den Lauf des Revolvers und knirschte unzäglich bitter:

„Psui, wie verächtlich!“

Und sie benutzte den Augenblick, sprang nach dem nächsten Fenster, riß es auf und schrie hinaus:

„Hilfe! Hilfe!“

Ein lauter Schrei von außen antwortete ihrem Ruf. Und gleich darauf schwang sich Lisbeth auf das niedrige Fensterbrett, sprang ins Zimmer hinein und umklammerte mit beiden Armen den Leib ihrer Mutter.

Lisbeth hatte es oben in ihrem Zimmer nicht aushalten können. War es wirkliche Schüchtern oder war es nur kindliche Neugier — kurz, sie war gleich nach dem Lieutenant die Treppe hinuntergelaufen, hatte einen Augenblick an der Thür gehorcht und war, als Doktor Huhn von innen aufgeriegelt, rasch zur Hausthür hinausgerannt.

Durch die schlecht gepflegten, von der nassen Kälte beschlagenen Fenstercheiben hatte sie sich vergeblich bemüht, die Mutter im Schulzimmer zu erblicken. So war sie immer vor dem Fenster auf- und abgegangen, in der Hoffnung, sie doch wenigstens für einen Augenblick zu erblicken, wenn sie aus dem Hause trate. Denn daß man sie wirklich zum Essen da behalten würde, daran war ja nicht zu denken. — Und dann hörte sie darinnen das Kreischen und Schreien und hatte, alles vergessend, wild an die Fenster gepocht, ohne daß die beiden wahnsinnig aufgeregt Menschen sie gewahr wurden.

Nun hielt sie ihre Mutter in ihren Armen und schirmte sie mit ihrem Leib vor der Augen des Vaters. Sie sah die gezückte Waffe in seiner Hand und schrie auf:

„Schieß' nicht! Vater, ich bitte Dich, was willst Du thun!“

Draußen im Hausflur war es inzwischen auch lebendig geworden. Es wurde an der Thür geklopft und an der Klinke gerüttelt. Verschiedene Stimmen schwirrten durcheinander. Der Rittmeister verlangte in krähenden Kommando-Einlaß.

Der Lieutenant spannte den Hahn ab, sicherte und stellte langsam den Revolver in die Rocktasche zurück, gan-

gezogen, daß sie ihren Entschluß in der Frage der Mandatsniederlegung von dem Beschuß einer Landeskongreß abhängig macht.

Aber sie hat, obwohl durch die Döbelner Landeskongreß zur Einberufung einer Landesversammlung berufen, nicht von sich ans eingegriffen.

Die Leipziger Parteiversammlung mußte sprechen. Und als das Centralagitationskomitee sich für unkompetent erklärte und der Fraktion die Sache übertrug, da endlich berief sie die Landeskongreß nach Dresden ein.

Nicht aber so, daß vor der voraussichtlichen Entscheidung im Landtag die Parteigenossen zusammenberufen würden! Der Termin wurde möglichst weit hinausgeschoben, so weit, daß die Wahlgesetzvorlage schon von den Kammern angenommen sein wird, wenn wir über die Mandatsniederlegung beraten sollen.

Wird die Mandatsniederlegung dann beschlossen, so ist die Wucht des Schlagabfalls dahin, der Entscheid post festum hat nicht die Wirkung, die eine rechtzeitige Entscheidung gehabt hätte. Wir hinken nach, und die groÙe einzogene Bewegung schlägt gar schwächer ab.

Einzig und allein das Interesse der Partei drängt uns zu dieser Diskussion. Wir sind überzeugt, daß die Partei in Sachsen und außerhalb Sachsen die Mandatsniederlegung mit uns für eine Notwendigkeit hält.

Der Wahlrechtsbewegung schadet diese Diskussion nichts. Leipzig hat wahrlich gezeigt, wie man erfolgreich agitiert und demonstriert. Aber gerade weil diese Bewegung nach der Sanierung der Vorlage in großem Stile fortgeführt und durchgeführt werden muß, weil ihr nicht der Stachel der revolutionären Energie genommen werden darf, deshalb sind wir gegen die Verwaltungspolitik, die mit kleinstlichen Erwägungen an große Fragen herangeht und durch Verschleppungsversuche die Entscheidung zu verzögern unternimmt.

Einheitsrücksichten gelten nicht in solchen Tagen.

Nicht ausklängende Bedenkslichkeit, die zaghaft vor einer energischen That zurückweicht, überlegtes und thatkräftiges Handeln gezielt sich.

Die Zukunft wird lehren, daß wir im Rechte waren.

Politische Übersicht.

Die Sächsische Arbeiterzeitung beginnt eine regelrechte Polemik mit der Volkszeitung oder, da sie von vornherein auf unserer Seite stand und diese Thatsache heute selbst noch zugeibt, eine Polemik gegen sich selbst. Die Arbeiterzeitung hat die sofortige Mandatsniederlegung als den einzigen richtigen Ausdruck der Willensmeinung des Proletariats gefordert. Und darin hat unsere Kollegin wohl der Dresdener Arbeiterschaft, wie uns und den Leipziger Genossen aus der Seele gesprochen und sicherlich den Nagel auf den Kopf getroffen. Nachdem die Sächsische Arbeiterzeitung so selbst in der Bewegung für die Mandatsniederlegung an der Spitze marschierte, hätte man vermuten sollen, daß die Arbeiterzeitung auch fest bei der Stange geblieben wäre.

Aber sie ist über Nacht umgefallen, hat den Rückzug angetreten, wird zägernd, nicht mit dem Kopfe hin und her und beschuldigt die Leipziger, sie wollten eine auch der Arbeiterzeitung von früher so selbstverständliche Frage über Hals und Kopf erledigen. Schade, daß wir in dieser Frage unsere Kollegen ernst zu nehmen nicht mehr gewillt sind. Die Sächsische Arbeiterzeitung hat sich dem Einfuß der sächsischen Fraktion gebogen und will es gar nicht wahrhaben, daß die Fraktion der Teil ist, der den ganzen Streit verschuldet hat. Das muß gesagt werden und wenn die Arbeiterzeitung die Fraktion schonen will, so ist das eine sehr verkehrte Taktik, den Streitfall aus der Welt zu schaffen; alles wollte die sofortige Mandatsniederlegung, die Genossen, die Presse, die öffentliche Meinung; die Fraktion aber stemmte sich dagegen. Nicht nur, daß sie nicht selbst die Initiative zu dem Schritte ergriff, sie weigerte sich auch den Schritt zu ihm, als in der Presse und in Versammlungen die Mandatsniederlegung als selbstverständlich gefordert wurde. Und angehört dieser Haltung sollen die Genossen in Leipzig und in den anderen Städten des Landes klein beigegeben, wenn die Fraktion einen Fehler macht, gegen den Willen der Wähler handelt? Wozu ist denn die Presse da,

gleichgültig gegen den Lärm da draußen. Er schüttelte traurig den Kopf, zog Lisbeth am Arm von der Mutter fort und sagte ernst und leise:

"Ich wollte für Dich, mein Kind, die gute That der Süße thun, die ich Dir versprochen habe. Mögest Du es nie bereuen, daß Du mich daran verhindert hast!"

Frau Verhaes stieß einen tiefen Seufzer der Erleichterung aus. Ihre Antlitz klärte sich auf, Thränen stürzten aus ihren Augen und — sie sank vor ihrem Kinde auf die Knie nieder, legte ihre Arme um seine Hüften und schmiegte ihren Kopf an seinen Leib.

"Lisbeth, Lisbeth, mein süßes Kind! Du hast mir das Leben gerettet!"

Sie schluchzte laut auf. Der Hut glitt ihr in den Nacken und Lisbeth hielt mit beiden Händen ihren Kopf mit dem üppigen, gefärbten Blondhaar fest an sich angedrückt.

Der Lärm da draußen wurde stärker. Man bearbeitete jetzt die Thür mit Fäusten.

Zu den anderen Stimmen gesellte sich auch Klaus Jürgensens kraftvolles Organ, wütend Einlaß begehrend.

"Zavohl, komme schon! Einen Augenblick Geduld, meine Herrschaften!" rief der Lieutenant mit grimmiger Heiterkeit.

Und dann beugte er sich ein wenig zu Frau Verhaes hinab und raunte ihr zu:

"Stehen Sie auf! Die Leute wollen sich überzeugen, daß hier — alles in Ordnung ist. Also sagen Sie mir schnell: wie gedenken Sie es der Lisbeth zu vergelten, daß Sie Ihnen für diesmal Ihr kostbares Leben gerettet hat?"

Sie erhob sich langsam vom Boden, von Lisbeth unterstützt, trocknete sich die Thränen rasch ab und erwiderte entschlossen:

wenn sie den Willen der Genossen nicht auch einer Fraktion gegenüber mit allem Nachdruck geltend macht? Die Sächsische Arbeiterzeitung hat es vorgezogen, sich selbst zu verleugnen, den Genossen erst die richtige Parole auszugeben, diese dann der Fraktion zuliebe wieder zurückzunehmen und so die eigenen Fehler einem Fehler der Abgeordneten zuliebe an der Nase herumzuführen; wenn die Dresdener Genossen sich dieses Spiel gefallen lassen, uns soll's recht sein; wir in Leipzig haben keine Lust und kein Verlangen, den Unwillen der Leipziger Genossen mit Recht kennen zu lernen.

Deutsches Reich.

Ergebnisse der Unfall-, sowie der Invaliditäts- und Altersversicherung.

Zum Zweck der Durchführung der Unfallversicherung bestehen z. B. insgesamt 112 Berufsgenossenschaften, darunter 64 gewerbliche mit 426335 Betrieben und 5243965 versicherten Personen und 48 land- und forstwirtschaftliche mit 4703256 Betrieben und 12289415 versicherten Personen. Dazu kommen noch 144 Reichs- und Staats- und 268 Provinzial- und Kommunalverwaltungsbüroden mit zusammen 658367 versicherten Personen, so daß am Schluß des Jahres 1895 über 18 Millionen Personen gegen Unfall versichert waren. Hinzu treten noch die bei den 13 Versicherungsanstalten der Baugewerbs-Berufsgenossenschaften und der Eisenbau-Berufsgenossenschaft versicherten Personen. In der Gesamtzahl, die auch alle versicherten landwirtschaftlichen Unternehmungen sowie die landwirtschaftlich im Nebenberuf beschäftigten Personen umfaßt, dürften eine bis anderthalb Millionen solcher Personen doppelt erscheinen, die gleichzeitig in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt und versichert sind. Die Zahl der angemeldeten Unfälle betrug nach der vorläufigen Ermittlung 300488, die der entzündeten Unfälle 75954, von denen 6280 den Tod, 2129 eine dauernde völlige, 42447 eine dauernde teilweise und 25098 eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten. Die verursachten Entzündungen (Rente) bezogenen 50172082 Mark gegen 44281736 i. J. 1894. Entzündungen (Rente) wurden i. J. 1895 gezahlt oder angewiesen an 277183 Betriebe, 20071 Witwen Geisteter, 54356 Kinder und 1952 Ascendenten Geisteter. Daneben erhielten noch 8017 Ehefrauen, 17437 Kinder und 218 Ascendenten als Angehörige von Verlebten, die in Pflegehäusern untergebracht waren, die gesetzlichen Unterstützungen gezahlt oder angewiesen, so daß im Jahre 1895 zusammen 388184 Personen der Wohlthaten der Unfallversicherung teilhaftig geworden sind.

Über die Invaliditäts- und Altersversicherung ist folgendes zu berichten: Vom 1. Januar 1891 bis Ende 1895 wurden im ganzen 425477 Renten, und zwar 156027 Invaliden- und 269450 Altersrenten erkannt. Davon entfallen auf die 31 Versicherungsanstalten 144770 Invaliden- und 267582 Altersrenten, auf die 9 Kosteneinrichtungen 11257 Invaliden- und 4868 Altersrenten. Im Jahre 1895 bezogenen rund 217600 Personen Altersrente und 130900 Personen Invalidenrente, also rund 348500 Personen überhaupt Rente. Da sich unter diesen rund 800 Personen befinden, deren Altersrente im Laufe des Jahres in Invalidenrente umgewandelt wurde, und diese Personen deshalb vorstehend doppelt gezählt sind, so stellt sich die wirkliche Zahl der Renteneinnehmer des Jahres 1895 auf rund 347700 Personen, an welche insgesamt 42,1 Millionen Mark, und zwar an Altersrenten rund 26,6 Millionen Mark, an Invalidenrenten 15,5 Millionen Mark gezahlt sind. Die von den Versicherungsanstalten seit dem 1. Januar 1891 festgestellten Renten repräsentieren überschlägig ein Deckungskapital von rund 203,2 Millionen Mark, und mit Einschluß der an den Reservefonds abzuführenden Beträgen in Höhe von rund 40,6 Millionen Mark ein Kapital von rund 243,8 Millionen. Dem steht nach Abzug der gesamten Verwaltungskosten eine Einnahme von Beiträgen gegenüber von rund 85,2 Millionen Mark i. J. 1891, 84 Millionen i. J. 1892, 85,2 Millionen i. J. 1893, 87,8 Millionen i. J. 1894 und 89,8 Millionen i. J. 1895, zusammen von 432 Millionen Mark. Es verbleibt demgemäß, ohne Berücksichtigung der Zinsen zur Deckung der Vertragsleistungen und der infolge der längeren Dauer von Beitragsleistung allmählich höher werdenden Invalidenrenten ein Kapital von rund 188,2 Millionen Mark.

Chronik der Majestätsbeleidigungssachen.

Kiel, 27. Februar. Der englische Sprachlehrer an der hiesigen Marineschule, Mr. Rankin, der wegen einer Majestätsbeleidigung angeklagt war, die er in einem Wirtse-

"Ja, jetzt weiß ich, was ich zu thun habe. Ich gehe ins Kloster. In harter Buße und reinem Gebet will ich mein Leben beschließen."

"Und keinen Versuch mehr machen, das Kind jemals wieder an sich zu locken?" fragte der Lieutenant rasch, mit einem argwöhnischen Blick.

"So wahr mir Gott helfe, niemals! Ich schwör es Ihnen — niemals! Ich darf ja mein Kind nicht . . ."

"Sie vermochte nicht weiter zu reden."

Einen Augenblick noch zauderte der Lieutenant. Dann zuckte er geringhsäsig die Achseln und fuhrte:

"Na, gut also! Machen Sie meinenwegen das alte Sprichwort wahr! Aber versuchen Sie nicht, mich hinters Licht zu führen! Ich werde Sie überall zu finden wissen! Na, dann wären wir ja wohl fertig miteinander."

Und er stellte langsam nach der Thür und riegelte sie auf.

Klaus Jürgensen drängte sich zuerst herein, den Mittmeister und Doktor Huhn, die ihn halten wollten, rücksichtslos zurückstoßend. Er schüttelte seine Fäuste drohend dem Lieutenant ins Gesicht und knirschte ingrimig:

"Was hat das zu bedeuten?! Ich bitte Sie mir eine Aufklärung aus! Diese Dame steht unter meinem Schutz — verstehen Sie mich?"

Herr von Prizier lächelte mitleidig.

"Ein kleines Mißverständnis," sagte er gleichmäßig.

"Bitte, regen sich die Herrschaften weiter nicht auf!"

Doktor Huhn war inzwischen ins Zimmer hineingestürzt und hatte Lisbeth von der Seite der Mutter weggerissen. Nun lag sie an seinem Halse und weinte.

Der Mittmeister, schon in voller Uniform, stand mitten im Zimmer und blickte, die kleinen Augen weit aufgerissen, von einem zum anderen. Seine beiden Damen, die noch aus,

hause an Kaiser's Geburtstage begangen haben soll, als Angehörige der Marine die Nationalhymne sangen, ist nach England geflohen.

* Berlin, 28. Februar. In der gestrigen Bundesratssitzung wurde dem Ausschusshandlung, betreffend den Handel mit denaturiertem Branntwein, sowie dem Ausschusshandlung zu dem Antrag Preußens, betreffend die Regelung der Arbeitsverhältnisse in Bäckereien und Konditoreien, die Zustimmung erteilt. Das Sprengen von Versammlungen in Berlin, das die Bäckereibäcker in ihrer Wut gegen den Versuch gesetzlicher Einstellung der Missstände in ihren Bäckereien betrieben, hat also auf den Bundesrat keinen Eindruck mehr gemacht.

Gegen die Protokolle über die Sicherstellungen des Elferausschusses hat das Volk Das Volk diskreditierende Einwände erhoben. Die Konservative Korrespondenz erklärt nun, daß Süder das Protokoll ohne jeden Vorbehalt unterschrieben habe und meint: "Wir halten es unter unserer Würde, gegenüber solchen ebenso unbegründeten wie fruchtbaren Versuchen, die Ehrlichkeit unserer Parteileitung zu verdächtigen, ein Wort zu verlieren." Nur nicht so großmäulig!

Gegen das Verbot des Getreideexportes hat sich, wie die Germania mitteilt, Abg. Szmul, der Vorsitzende der wirtschaftlichen Vereinigung der Centrumspartei, entschieden ausgesprochen. Abg. Szmul ist jetzt in die Börsegekommision wieder eingetreten und wird seinen Standpunkt bei der zweiten Lesung, die am 9. oder 10. März beginnen soll, energisch geltend machen.

Das war nicht anders zu erwarten, wie wir den Herrn Kriegsminister kennen. Nach dem Berl. Tagebl. darf als sicher angenommen werden, daß die Vorlage über die Militärstrafprozeßordnung in dieser Session dem Reichstag nicht mehr zugehen wird. Man hat nicht einmal gehabt, daß der Kriegsminister einem Versprechen gewiß seinen ganzen Einfluß zur Fertigstellung der Vorlage aufgeboten hätte.

Neben die Auslegung des Amnestieerlasses vom 18. Januar enthebt die Berliner Korrespondenz alle Deutungsmöglichkeiten durch die feste Norm, wonach polizeiliche Strafverfügungen nicht unter die Wirkung des Erlasses fallen sollen.

Das Elend in dem abgebrannten Dorfe Brotterode hat im preußischen Landtag selbst die hartgesotzenen Vertreter der Bourgeoisie erreicht und zu folgender bescheidenen Resolution bestimmt: Die königliche Staatsregierung aufzufordern, zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der Gemeinde Brotterode, insbesondere zur Besteitung der durch die Aufräumungsarbeiten entstandenen Kosten im Betrage von 110000 Mk., sowie zur Wiederherstellung der öffentlichen Gebäude und zur Deckung des nach § 8 der Verordnung vom 30. Oktober 1895 von der Gemeinde Brotterode die Summe von 300000 Mk. aus bereit zu Verfügung zu stellen.

Der Organisationsentwurf für das Handwerk ist der Rhein-Westf. Blg. folge im Handels- und Gewerbe-Ministerium jetzt fertiggestellt und soll alsbald dem preußischen Staatsministerium zur Beratung und Beschlußfassung zugehen. Dem Gebäude kann jetzt schon das Schicksal seines Vorgängers prophezeit werden. Ungesehen.

In den reichsländischen Elat war eine Summe von 180000 Mk. für den Bau eines kaiserlichen Jagdschlösses bei Mühlberg eingesetzt worden. Die Forderung erregte in Elsdorf-Lohringen Aufsehen, weil sie mit der trüben Schilderung der Finanzen nicht im Einklang stand, weil wegen der seltenen Anwesenheit des Kaisers ein Bedürfnis nicht vorzusiegen schien, weil dringende Forderungen zu befriedigen sind und weil schließlich Schlösser bezweifelt wurde. Denn für die Civilistische des Kaisers hat bekanntlich Preußen aufzutreten, und wäre das Schloss notwendig, würde es aus der Civilistischen zu errichten sein. Die Kommission des Landesausschusses hatte die Forderung gleichwohl genehmigt, wogegen das Plenum sie am 26. Februar in geheimer Abstimmung mit geringer Mehrheit ablehnte. Eine Debatte ging der Abstimmung nicht voraus.

Die deutsche Presse wird behandelt wie sie's verdient und wir können gar nicht den Unwillen verstehen, mit dem der Reichstag bedacht wird, weil er bei dem patriotischen Zweck am 21. März die Vertreter der Presse auf die Galerie der Wandelhalle verweist. Es wird nun von unvölkiger Behandlung gesprochen und mit einem kleinen Boykott gedroht: sogar der Verein Berliner Presse wolle die Angelegenheit der

nicht ganz mit ihrer festlichen Toilette fertig waren, flammerten sich ängstlich an ihn.

In der offenen Thür wurden Karl Möller und die übrigen Schüler sichtbar.

Der Mittmeister fühlte sich verpflichtet zu reden. Er machte sich von Frau und Tochter los, führte vor Madame Verhaes eine kurze militärische Verbeugung aus und begann:

"Ich bitte tausendmal um Entschuldigung, meine gnädige Frau, wenn — wenn man . . . Noch nie hat man es gewagt, in meinem Institut einer Dame anders als mit der größten Ehreerbietung zu begegnen."

Da zupfte ihn Charlotte am Klemel. Das letzte Wort blieb ihm in der Kehle stecken und er wußte nichts weiter zu sagen.

Die schöne Frau hatte inzwischen Zeit gefunden, sich das Haar ein wenig glatt zu streichen und ihren Hut ordentlich darauf zu befestigen. Sie neigte matt lächelnd das Haupt gegen den Director und sagte, sich mühsam zur Ruhe zwingend:

"Ich allein habe hier um Entschuldigung zu bitten. Es thut mir sehr leid, daß ich diesen Aufstand verursacht habe. Es war nur . . ."

"Zavohl, es war nur eine etwas lebhafte kleine Familienfeine," vollendete der Lieutenant höhnisch den Satz. "Herr Jürgensen, Sie sind wohl so freundlich und begleiten die Dame wieder nach dem Bahnhof zurück."

"Zavohl, das will ich wohl thun!" rief Jürgensen trocken. Und dann räumte er dem Lieutenant ins Ohr: "Wir sprechen uns nachher noch!"

Der neigte nur achselzuckend den Kopf.

Noch einmal wandte sich Frau Verhaes dem Bruder und ihrem Kinde zu. Sie streckte die Hand nach ihnen aus; aber Doktor Huhn hielt Lisbeths Arm fest. Sie

stabilen Behandlung der Presse bei der Reichstagsfeier dem nächst in gebührender Weise zur Sprache bringen. Uns fällt mir das eine dabei auf, daß bei höfischen Festen an den Herren Presvertretern die Schuhe gepflegt werden können, ohne daß sie mudsen; ja sie ersterben dabei in Ergebenheit; man denkt an die Behandlung der Preßmenschen in Friedrichsruh! Und dem Reichstag gegenüber werden die Kerle, ganz dem Charakter des Preßmenschen entsprechend, frech, da kann man's ja.

Rechtsanwalt Eschenbach, der konservative Vertrauensmann in Rechts- und Börsensachen, hat kürzlich in einer Erklärung bestritten, daß er früher an der Börse Spekulations- und Terningeschäfte gemacht habe. Demgegenüber teilt ein Bankier, dessen Dienste er früher in Anspruch genommen hatte, in der Börs. Zeitung mit: Herr Eschenbach kaufte seiner Zeit gegen Einzahlung von 7200 M. bar 25000 M. Aktien des Admiralsgartenbades. Es wird jedem auf den ersten Blick einleuchten, daß das ein Spekulationsgeschäft war und auch ein Terningeschäft insofern, als die Abnahme der gelauften Ware doch erst zu einem späteren Termine, zu welchem die Bezahlung erfolgen sollte, stattfinden konnte. Dass dieser Aufkauf für Rechnung Dritter stattgefunden habe (wie Eschenbach behauptet hatte), ist nicht zutreffend. Allerdings hatte Herr Eschenbach auch einige Verwandte zu den gleichen Spekulationen veranlaßt, doch haben diese bei anderen Bausgeschäften die von ihm in Vorschlag gebrachten Spekulationen unternommen. Zu dem Ganzen ist aber, als beachtenswerteste Thatache hinzuzufügen, daß Herr Eschenbach seiner Zeit, als er die Spekulation in den Aktien des Admiralsgartenbades unternahm, Angestellter des Admiralsgartenbades gewesen ist.

Ein internationaler landwirtschaftlicher Kongress soll durch den ungarischen Ackerbauminister auf den 17. Septbr. nach Pest berufen werden. Für die Beratungen, die sich nur auf die Ursachen des Sinkens der Getreidepreise und die Mittel zur Abhilfe dieses Preisfalls, erstrecken sollen, sind drei Tage in Aussicht genommen. Einladungen sollen ergehen an die ausländischen Staaten, auch an einige überseeische, an die bedeutendsten landwirtschaftlichen Vereine und an herausragende Fachmänner des Auslandes und an die inländischen Vereine. Der österreichische Ackerbauminister hat sein Erscheinen zugesagt. Dabei wird auch nichts herauskommen.

Strasbourg i. Els., 27. Febr. Bei der heute fortgesetzten Beratung des Staats für Elsäss-Lothringen brachten die Abgeordneten Spies und Winterer im Landesausschuß Klagen vor, daß im Lehrkörper der Straßburger Universität die Katholiken fast gar nicht vertreten seien. Staatssekretär v. Ruttamer erwiderte, bei der Gründung der Universität sei beabsichtigt gewesen, dieselbe nach dem Muster der Bremer, Breslauer und Würzburger Hochschulen zu einer sogenannten paritätischen zu gestalten, die aber hierzulande anders als im übrigen Deutschland geartete Errichtung des katholischen Clerus habe leider den Plan vereitelt. Noch vor wenigen Jahren sei man dem Gedanken wieder näher getreten, hier eine katholische Fakultät zu errichten; diesem Gedanken stehe auch der Bischof von Straßburg sympathisch gegenüber, doch sei die Ausführung an dem heftigen Widerstande von katholischer Seite gescheitert. Sobald eine solche Fakultät errichtet sei, würde auch auf die Konfession der Lehrer entsprechende Rücksicht genommen werden, was aber unter den jetzigen Verhältnissen bei der in Deutsch-land gewährten vollkommenen Freiheit der Wissenschaft nicht angehe.

Österreich-Ungarn.

Die Wiener Gemeindewahlen.

Bien., 27. Febr. (W. T.-B.) Bei der heutigen Gemeindewahl wurden in allen neunzehn Stadtbereichen sämtliche antisemitischen Kandidaten mit großer Mehrheit gewählt. Auch in den Bezirken innere Stadt und Leopoldstadt sind Antisemiten mit Mehrheiten von ungefähr 220 bzw. 260 Stimmen in den Gemeinderat gewählt. Sämtliche 46 Mandate des dritten Wahlkörpers sind sonach antisemitisch vertreten, das Wahlergebnis ist also gegen die letzten Wahlen im September unverändert. Den sozialdemokratischen Kandidaten fielen in sämtlichen Bezirken nur sehr geringe Stimmenzahlen zu. Daß die Antisemiten die Mehrheit bekommen würden, war vorauszusehen und auf Erfolg sozialdemokratischer Seite hat niemand gerechnet. Wie stark in den einzelnen Bezirken die sozialdemokratische Stimmenabgabe war, ist aus den eingegangenen Telegrammen, die aus gegnerischem Lager stammen, nicht ersichtlich. Der Badischen Politik aber mag man den Sieg des Antisemitismus gönnen.

durstete ihrer Mutter die Hand zum Abschied nicht reichen. Nur einen Blick voll Wehmut und Vergebung sandte sie ihr nach, als sie endlich die Schwelle erreicht hatte, den Kopf zu ihr zurückwendend, an Jürgensens Seite das Zimmer verließ.

Siegmar Goldstücker hatte sich, sobald er, mit den anderen in der Thür stand, seine ehemalige Geliebte erkannte, unbemerkt davongeschlichen.

Mit einziger Ausnahme Jürgensens versammelten sich die Mitglieder des wissenschaftlichen Instituts vollständig zum festlichen Trauermahl.

Es wäre ein Trauermahl geworden, auch wenn nicht der Tod des Kaisers die Veranlassung gegeben hätte.

Lisbeth vermochte auch bei Tische noch nicht ihre Thränen ganz zu unterdrücken, und ebenso sah man auch ihrem Pflegewalter die ausgestandene Aufregung noch deutlich genug an. Nur der Herr Gouverneur schien ganz ruhig. Er war im schwarzen Gehrock erschienen, denn eine preußische Uniform besaß er nicht mehr.

Der Graf und Goldstücker sahen auffallend bleich und ernsthaft drein und blieben kaum einmal von ihren Tellern auf, während Szwantowsky mit naïver Neugier einen nach dem anderen anstarnte und Harro von der Lislie unruhig auf seinem Stuhle hin- und herlachte und, sein armes verliebtes Herz von Mitleid geschwollt, die weinende Lisbeth scheu von der Seite ansah.

Frau Breidenbach und Fräulein Charlotte beobachteten angstlich gespannt ihren Vater, dem erschlich in seiner engen Uniform gar nicht wohl zu Mutte war. Er hatte einen sehr roten Kopf, denn der hohe blaue Kragen war ihm, seit er die Uniform das letzte Mal getragen, viel zu eng geworden.

Schweiz.

Basel., 27. Februar. Der Baseler Große Rat machte auch heute wieder ein arbeiterfreundliches Gesicht. Nach kurzer Begründung durch den Antragsteller — Sozialist Müller — nahm der Rat folgenden Antrag mit übergroßer Mehrheit an: Der Regierungsrat wird eingeladen, zu prüfen und zu verrichten, ob nicht das Gesetz betr. Schutz der Arbeitnehmer vom 23. April 1888 einer Revision zu unterziehen sei im Sinne einer Reduktion der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden. Ferner wurde die Regierung beauftragt, ebenfalls auf Antrag des Geistes-Müller: die Frage der Errichtung eines kantonalen Fabrikinspektors zu prüfen und in Wände darüber Bericht zu erstatten. Bedeutendwert bei dieser Debatte ist ganz besonders die Stellung der Regierung. Der Regierungsvorsteher forderte vom Rat die Überweisung, um die vom Antragsteller vorgebrachten Beschwerden prüfen zu können, und die Missstände zu beseitigen. Die Errichtung eines kantonalen Fabrikinspektors sei deshalb notwendig, weil zur Verbesserung des eidgenössischen Fabrikinspektors von Bundes wegen so gut wie keine Schritte gethan werden. Außer dem Antragsteller und dem Regierungsvorsteher beteiligte sich niemand an der Debatte.

Frankreich.

Die neue Budgetkommission. — Die sozialdemokratische Konferenz.

Paris., 26. Febr. In die neue Budgetkommission der Kammer wurden, wie schon kurz gemeldet, 29 Gegner und bloß 4 Anhänger der Einkommensteuer gewählt. Die den Wahlen vorausgegangene Debatte drehte sich ausschließlich um die dem Budget einverlebte Steuerreform. Der Ausgang der Wahlen bedeutet also eine entschieden feindliche Kündigung der Majorität gegen die wichtigste Reform des Kabinetts. Rechnet man die in den elf Kommissionsausschüssen, wo die Wahl in die Kommission vorgenommen wird, für die Gegner und Anhänger der Reform abgegebenen Stimmen zusammen, so ergibt sich eine antiministerielle Majorität von 70—80 Stimmen. Wie erklärt sich dieser überraschende Umschwung nach dem neulichen Vertrauensbotum, wodurch sich die Kammer mit einer Mehrheit von 124 Stimmen für die „versprochenen und vom Lande erwarteten Reformen“ ausgesprochen hat? Sehr einfach: bei Kammerabstimmungen trägt jeder Abstimmungszettel den Namen des Abgeordneten und am folgenden Tag werden die Namen der Abstimmenden im Journal Officiel (Regierungsanzeiger) abgedruckt, in den Kommissionsausschüssen dagegen gilt die geheime, anonyme Stimmabgabe. Da brauchen also die feigen Deputierten, die aus Furcht vor den Wählern öffentlich für Reformen stimmen, ihren persönlichen Neigungen keinen Zwang anzutun. Damit ist zugleich gesagt, daß das Schicksal der Steuerreform durch den Ausgang der Kommissionswahlen noch keineswegs entschieden ist. Es ist kaum anzunehmen, daß die Geldsackabgeordneten den Mut haben werden, in öffentlicher Abstimmung eine Reform abzulehnen, die vorwiegend der Bauernschaft zu gute kommt, das heißt gerade der Bevölkerungsschicht, auf deren Stimmen sie in erster Linie angewiesen sind. Daß die Regierung die Reform nicht zurückziehen wird, das steht bereits fest. Der Finanzminister Doumer erklärte unmittelbar nach der Kommissionswahl, er werde in allerhöchster Zeit die Entscheidung der Kammer anstreben und seinen Entwurf bis ans Ende verleidigen. — Die Schlappe, die die Regierung erlitten hat, ist zum Teil aufs Conto der neuen sozialistisch gefärbten Tischrede des Handelsministers Mesuret zu setzen. Manchem gemäßigten-radikalen Deputierten hat die Rebe einen ordentlichen Schreck eingejagt. Und was sie seitdem in ihrer Presse und in den Bandelgängen der Kammer das Ministerium schlechtthin als eine „sozialistische Regierung“.

Letzten Sonntag fand in Clette (Wahlkreis Montpellier) eine sozialdemokratische Volkskonferenz statt. Es waren vertreten unter anderem der im September vorigen Jahres gewählte sozialdemokratische Gemeinderat von Clette und eine Reihe rein bäuerlicher Dörfer. Die Konferenz befürgte sich hauptsächlich mit den kommenden Gemeinderatswahlen. Es wurde einstimmig beschlossen, in die Wahlkampagne mit dem Lyoner Gemeindeprogramm und dem Marsfelder Agrarprogramm der Partei einzutreten. Eine ebenfalls einstimmig angenommene Resolution verlangt die Abschaffung des Senats und protestiert gegen den Gesetzentwurf Trarieu.

Paris., 28. Februar. Auf die von Hubbard und Mauquet eingereichte Klage wurden die Urheber der falschen Liste der

Appetit zeigte außer Szwantowsky keiner.

Beim Braten erhob sich der Mittmeister und klopfte an sein Glas. „Meine Herren,“ begann er mit auffallend leiser Stimme, kurzatmig und mit Anstrengung sprechend: „Meine Herren, es ist ein flessnerliches Ereignis, das uns heute zu ernster Einkehr hier versammelt. Das neue deutsche Reich hat seinen ersten Kaiser verloren. Wilhelm der Siegreiche ist von uns geschieden. Überall in ganz Deutschland wehen die schwarze-weiß-roten Fahnen auf Hahnstaat. Der preußische Nar läßt seine Flügel — seine Flügel — der preußische Nar . . .“

Er geriet völlig ins Stocken, er drückte die Augen zu und riß sie wieder auf, er klammerte sich mit den Händen an der Tischkante fest, um nicht umzufallen. Seine Frau sprang auf, flüsterte besorgt auf ihn ein und wollte ihn veranlassen, sich zu setzen. Aber er wehrte sie ungeduldig ab, strich sich mit der Hand über die Stirn, raffte sich zusammen und fuhr dann fort:

„Meine Herren, wir sind Soldaten, oder wollen es werden. Es geziemt dem Soldaten nicht, was auch immer schmerzliches sein Herz bewegen mag, mutlos den Kopf sinken zu lassen. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, was wir mit unserem Kaiser verloren haben. Unter einen glänzenden Abschluß unserer Geschichte haben wir einen dielen Strich zu ziehen. Aber wir haben auch eine Zukunft vor uns. Am Stamm der Hohenzollern blühen noch Sohn, Enkel und Urenkel. Meine Herren, ergreifen Sie die Gläser: Le roi est mort — vive le roi! (Der König ist tot, es lebe der König!) Stimmen Sie mit mir ein in den Ruf: Seine Majestät der deutsche Kaiser Friedrich lebe hoch — hoch — und zum dritten Male hoch!“

(Schluß folgt)

104 gestern wiederum zu Gefängnisstrafen von vier bis acht Monaten verurteilt.

Trotz der heftigen Angriffe, die gegen Combes wegen seines Briefes von den Interpellanten gerichtet wurden, nahm die Kammer mit 382 gegen 92 Stimmen die Tagesordnung der Regierung an. Der Vorstoß der Panamisten ist also wieder gescheitert.

Großbritannien.

Dr. Jamesons Ankunft in England. — Drohung der Unabhängigkeit Südafrikas.

London., 25. Februar. Seit Sonnabend sind Plymouth, Southampton und Portsmouth von Pressereportern belagert, welche über die Bewegungen des als „Dr. Jim“ bekannten Jameson und seiner Truppe an die Londoner Blätter berichten. Die Teilnehmer an Jamesons Beutezug kamen in zwei Abteilungen an; die gemeinen Soldaten, etwa 150, langten am Sonntag im Harlech Castle an, wurden ohne Formalitäten ausgeschifft und reisten nach ihren Bestimmungsorten ab. Viele gingen per Bahn nach London, wo ihre weißen Schlapphüte und ihre halbmilitärische Tracht einiges Aufsehen erregten. Die Unlusten ihrer Fahrt nach England trug die Chartered Company. Einige haben schon darunter zur Rückreise nach Südafrika mit dem am Sonnabend abgehenden Dampfer der Castle Line gelöst, en route nach Bulawayo, dem Heimat des Cecil Rhodes. Aus den Erzählungen der Truppen ist noch hervorzuheben, daß zwischen Mafeking und Johannesburg in einer Entfernung von je 50 engl. Meilen, vorwiegend Lebensmittel und Fourage angetroffen wurden. Diese Depots waren vorsichtig von den Leitern der Verschwörung in Johannesburg angelegt worden, unter dem Vorwand einer Postverbindung mit Mafeking. Aber man hatte den Einfall Jamesons im Auge. Nur hatten Jamesons Soldaten zu große Eile, um die Vorväter zu benützen.

Während Dr. Jameson mit seinen zwölf Offizieren noch in dem von der Regierung gemeldeten Transportschiff Victoria war, hatte man im Hauptquartier der Chartered Company bereits die Masse abgeworfen. Anders als eine Entthüllung der weitgehenden, tiefsitzenden Pläne des Cecil Rhodes und der Company läßt sich der vom Rutherford Harris in der New Review veröffentlichte Artikel über die Lage in Südafrika nicht verstehen. Hier wird mit der größten Offenheit behauptet, daß Jamesons Beutezug und die verfehlte Revolution in Johannesburg nur Zufälle sind, ungünstige Zusätze, und daß die Entmischung des Kolonialministers, des Imperial Factor, die Unlanders hilflos auf den Boden hingestellt hat. Was man schon längst ahnt und befürchtete, wird in diesem Artikel ohne Rückhalt zugestanden. Cecil Rhodes trug sich mit dem Gedanken, Südafrika vom Mutterland abzulösen, die teilweise von Engländern, teilweise von Holländern bewohnten Kolonien unter seiner Leitung unabhängig zu machen; deshalb that er so schön mit dem Afrikaner Bünd zu diesem Zweck suchte er den Orange-Freistaat und die Transvaal-Republik in einen Zollverein zu ziehen. Der Ritt Jamesons, der die Goldminen des Rand für die Verschwörung stehlen sollte, war ein Teil des Plans — nur ging er zu früh los und der Plan mißglückte.

Der Antrag Balfours.

London., 27. Februar. Das Unterhaus nahm noch einer dreitägigen Debatte mit 202 gegen 65 Stimmen Balfours Anträge auf Reform der Geschäftsbildung an und verworf mit großer Mehrheit alle von der Regierung bekämpften Ämendements.

The Times meldet aus Capstadt: Der Premierminister Sprigg erklärte in einer in Worcester gehaltenen Rede, sein Mitglied des vorigen Ministeriums, mit Ausnahme von Cecil Rhodes, habe irgend welche Kenntnis gehabt von den Umständen, die der Transvaalkrisis vorausgingen. Neben die Frage der ganz eigenartigen Unterhandlungen zwischen der englischen Regierung und Transvaal wolle er sich nicht weiter auslassen; er habe Grund zu der Hoffnung, daß Natal und Transvaal an der im nächsten Monat stattfindenden Sollkonferenz mit dem Orange-Freistaat teilnehmen würden.

Spanien.

Madrid., 27. Februar. Einer Drahtmeldung aus Cuba folge verfügte General Weyler die Konfiskation des Eigentums aller derjenigen, deren Abwesenheit nicht gerechtfertigt werden könnte. Diejenigen Kubaner, die innerhalb einer Frist von 14 Tagen in ihre Besitzungen zurückkehren, sollen begnadigt sein. Von den gefangenen Führern der Aufständischen ist Belancourt zum Tode durch Erstickung, Inglesito zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt worden. Weyler wird gerade so hastig machen, wie Martinez Campos.

Australien.

Die Times berichtet aus Odessa unter dem 25. d. M.: Die Regierung begann mit dem Bau von Docks in Sewastopol, die groß genug zur Herstellung von Panzerschiffen sind. Ein Torpedoboot ist mittels Eisenbahntransportes unverfehrt von Petersburg in Sewastopol angelangt. Andere Torpedobrote sollen auf demselben Wege nachfolgen. Der Kreuzer Saratoff ist heute mit 1500 Mann an Bord nach Wladivostok in See gegangen.

Griechenland.

Athen., 27. Februar. Die Minister des Innern und des Außenwesens erklärten in der Kammer, die Ausweisung des Gehrs. v. Hammerstein sei gesetzlich geweisen wegen des deutschen Steckbriefes und der Thatsache, daß Hammerstein Griechenland, kompromittierende Korrespondenzen für Zeitungen schrieb. Am Sonnabend werden offizielle Aktenstücke in dieser Angelegenheit der Kammer mitgeteilt werden. Wer nimmt diesen Humbug ernst?

Amerika.

Die Vereinigten Staaten und Cuba.

Washington., 28. Februar. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Cleveland, hat sich, unterstützt vom Vorsitzenden des Komitees für auswärtige Angelegenheiten, in gestriger Kabinettssitzung für eine amerikanische Intervention auf Cuba zu Gunsten der Schaffung einer Republik ausgesprochen, jedoch unter dem Vorbehalt, daß diese Intervention erst eintritt, wenn die Regenzeit kämpfe im freien Felde unmöglich macht. Die Republikaner dagegen drängen zur sofortigen energischen Intervention. Ein harter Schlag für die spanischen Unterdrücker!

Hierzu zwei Beilagen.

Stötteritz.

Sonntag den 1. März nachmittags 1/4 Uhr

Öffentl. Partei-Versammlung im Gasthaus zum Deutschen Haus.

Tagesordnung: 1. Die Wahlrechtsvorlage und die Thätigkeit im sächsischen Landtage. 2. Diskussion. 3. Abrechnung des Vertrauensmannes. 4. Wahl eines Vertrauensmannes und dessen Stellvertreter. 5. Parteangelangenheiten. [1741]

Referent: Landtagsabgeordneter Franz Hofmann aus Chemnitz

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vertrauensmann.

Zur Petition an Se. Majestät.

Das Inserat in der gestrigen Nummer ist durch ein Versehen meinerseits veröffentlicht worden. Aus juristischen Kreisen waren Bedenken gegen die verfassungsmäßige Zulässigkeit des Schlusspasses geltend gemacht, und es war eine Anfrage wegen einer Abänderung nach Bittau, von wo die Petition ausgegangen ist, gerichtet worden. Eine Notiz hierüber war vorbereitet: durch meine Schuld ist sie vor der Entscheidung der Angelegenheit der Presse zugegangen.

Ein Komiteebeschluss ist nicht erfolgt. Vielmehr haben sich die maßgebenden Persönlichkeiten, vor allem Herr Geheimrat Sohm, entschieden gegen eine Änderung ausgesprochen.

Der Wortlaut der Petition bleibt somit unverändert und die Petition ist in der ursprünglichen Fassung bereits gestern abend nach Dresden abgegangen.

Dr. Hans Voigt.

Arbeiterverein Leipzig.
Sonnabend, 29. Februar, abends
9 Uhr
1. (Leipzig, Georgenstr. 20, 2. Hof I.)
Diskussion und Redebühne.
2. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
3. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
4. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
5. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
6. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
7. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
8. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
9. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
10. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
11. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
12. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
13. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
14. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
15. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
16. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
17. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
18. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
19. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
20. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
21. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
22. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
23. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
24. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
25. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
26. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
27. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
28. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
29. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
30. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
31. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
32. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
33. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
34. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
35. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
36. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
37. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
38. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
39. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
40. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
41. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
42. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
43. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
44. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
45. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
46. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
47. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
48. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
49. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
50. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
51. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
52. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
53. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
54. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
55. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
56. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
57. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
58. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
59. (Ritterstr. 11.) Diskussion.
60. (Ritterstr. 1

1. Beilage zu Nr. 49 der Leipziger Volkszeitung, Freitag den 28. Februar 1896.

Sächsischer Landtag.

(53. ordentliche Sitzung der Zweiten Kammer.)

Dresden, 27. Februar.

Tagesordnung: Schlussberatung über Titel 48, 49, 50, 51 u. 52 des außerordentlichen Staatshaushaltsets für 1896/97, sowie über das daraus bezügliche königl. Dekret Nr. 17, mehrere Eisenbahnen betreffend.

Die Gesamtlänge der geplanten Linien beträgt 94,933 Kilometer, davon 87,857 Kilometer normalspurig und 57,076 Kilometer schmalspurig, mit einem Kostenaufwand von 11.042.000 Mf., egl. der 500.000 Mf. für Dresden-Niedersedlitz.

Die geforderten Positionen werden einstimmig bewilligt und die hierzu eingegangenen Petitionen, soweit sie nicht Berücksichtigung gefunden haben, für erledigt erklärt.

Nach Mitteilung der Regierung sind für die nächste Finanzperiode generelle Projekte für den Bau der Linien Reichenau-Hirschberg, Elster-Bischofswerda, Auerbach-Groitzsch-Pegau, Chorenfriedersdorf-Tannenberg, Altenburg-Langenleuba und Frohburg-Kohren in Aussicht genommen.

Nächste Sitzung Freitag vormittag 10 Uhr. Tagesordnung: Petitionen.

Zur Wiedereröffnung der Pariser Arbeitsbörse.

Paris, 25. Februar.

Die Wiedereröffnung der Pariser Arbeitsbörse legt es nahe, die Geschichte und das Wesen dieser Einrichtung, die sich in Frankreich zu einem wichtigen Organ der Arbeiterbewegung ausgewachsen hat, zu besprechen.

In Paris, das schon vor 1789 ein mächtiger Anziehungspunkt für Lohnarbeiter aus ganz Frankreich und dem nahen Belgien war, wurde der erste Versuch zur Organisation des Arbeitsnachweises im März 1790 vom Gemeinderat gemacht. Die Zeitumstände waren jedoch dafür nicht günstig. Es verging ein halbes Jahrhundert, ehe der Gedanke zunächst theoretisch wieder aufgenommen wurde. In den 40er Jahren entwickelte der bekannte Bourgeois Molinari in Broschüren und Zeitungsartikeln einen Plan, der nichts weniger bezweckte, als die Organisation des Arbeitsnachweises auf internationaler Stufenleiter. Molinari träumte von einem zentralen Arbeitsmarkt bezw. von centralen Arbeitsmärkten in den wichtigsten Industrie- und Handelsstädten der verschiedenen Länder (selbst in Konstantinopel), wo sich Unternehmer und Lohnarbeiter über den jeweiligen Stand von Angebot und Nachfrage erkundigen und demgemäß die Lohnbedingungen festsehen könnten. Mit anderen Worten, die Arbeitsbörse (der Name rührte eben von Molinari her) sollte ein Gegenstück zur Waren- oder Effektenbörse sein. Wie hier die Warenpreise, dank der raschen telegraphischen Verbindungen zwischen den Börsen aller Länder, das Verhältnis zwischen dem internationalen Angebot und der internationalen Nachfrage ausdrücken, d. h. Weltmarktpreise sind, so sollten auch die Löhne auf dem gleichen Wege zu Weltmarktsbörsen werden. Außerdem glaubte Molinari, durch seine Arbeitsbörsen sowohl die Arbeitslosigkeit, wie den Mangel an "Arbeitshänden" rasch und überall beizutigen zu können.

Es ist hier nicht der Ort, auf die Unhaltbarkeit des Plans einzugehen. Genug, Molinari hatte mit seinem Gedanken kein Glück bei den Unternehmern, wie bei den Arbeitern. Die ersten fanden ihre Rechnung bei den privaten Arbeitsnachweisen, die sie auf Kosten der Arbeitssuchenden mit Arbeitern versorgten. Die letzteren sahen, insofern sie damals organisiert waren, in Molinaris Arbeitsbörse mit Recht eine Anstalt zur Organisation der Lohndrückerei und der Kapitalistischen Stufenleiter. Die Pariser Arbeiter forderten schon damals die Organisation des unentgeltlichen Arbeitsnachweises, die Aufhebung der privaten Büros.

Die Versuche von Ducony, der Molinaris Idee 1848 als Präsident durch den Pariser Gemeinderat und 1851 als Deputierter durch die Nationalversammlung verwirklichen wollte, blieben erfolglos. Von Molinaris Projekt sollte schließlich nur das Wort "Arbeitsbörse" erhalten bleiben.

Aber ebenso erfolglos waren die gleichzeitigen Anläufe zur Organisation des unentgeltlichen Arbeitsnachweises. Das Dekret der provisorischen Regierung vom 10. März 1848, betreffend Errichtung von unentgeltlichen Arbeitsnachweisenbüros in sämtlichen Mairien von Paris, blieb, wie die sonstigen Dekrete dieser Regierung, auf dem Papier stehen. Der Beschluss des Präfekten Caussidière vom gleichen Jahre auf Abschaffung der privaten Büros wurde nach dem Staatsstreich von 1851 aufgehoben.

Erst nach dem Sturz des zweiten Kaiserreichs und des scheinrepublikanischen Regimes des „ordre moral“ kam die Frage wieder in Fluß. Indes vergehen mehr als drei Jahre (1875 bis 1878), ehe sich der Pariser Gemeinderat zu dem Beschlusss abrasißt, an einem von Arbeitssuchenden frequentierten Punkte (Boulevard de la Chapelle) eine Wartehalle zu errichten. 1883 gibt eine dem Gemeinderat übermittelte Versammlungsresolution den Anstoß zu neuen Verhandlungen, welche diesmal auf die Errichtung einer Arbeitsbörse abzielen. Die Arbeiterbewegung hatte sich eben von der Niederlage von 1871 bereits erholt, die politische und gewerkschaftliche Organisation war bereits stark genug, um den Forderungen der Arbeiter Nachdruck zu verleihen.

Die erste Kundgebung der organisierten Arbeiterschaft in Bezug auf die Arbeitsbörse ist deshalb von Bedeutung, weil in derselben schon die seither festgehaltene Auffassung der Arbeiter von der neuen Einrichtung klar hervortritt. Die Resolution erwartet von der Arbeitsbörse, neben dem unentgeltlichen Arbeitsnachweis und der Abschaffung der privaten Arbeitsnachweisenbüros, das Inverbindungsstreben der Gewerkschaften miteinander, sowie auch der Arbeiter in allgemeinen, der organisierten wie nichtorganisierten. Die Arbeitsbörse sollte nicht nur ein zentraler Arbeitsmarkt, sondern auch der Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Organisation sein. Nach letzterer Richtung hin kam der Arbeiterforderung zu statuten das Koalitionsgebot von 1884.

Von entscheidendem Einfluß auf die endliche Lösung der Frage war die seit Anfang 1886 von der Liga für Aufhebung der privaten Arbeitsnachweisenbüros energisch betriebene Agitation. Im Oktober 1886 überreicht eine Abordnung der Liga dem Gemeinderat eine mit 25.000 Unterschriften bedeckte Petition, worauf der Gemeinderat sich für Aufhebung der Büros ausspricht und am 24. November 1886 die Gründung der Arbeitsbörse beschließt. Als Berichtsstatter fungierte dabei der gewerkschaftliche Organisationsrat der Hauptstadt riefen bei der

Mesureur, der gegenwärtige Handelsminister. In seinem Bericht betonte er sehr, nachdrücklich die Bedeutung der zu gründenden Anstalt für die Förderung der gewerkschaftlichen Organisation und die Hebung des kulturellen Niveaus der Arbeiter.

Unter Mesureurs Vorsitz fand auch die feierliche Eröffnung der ersten Filiale der Arbeitsbörse im April 1887 statt. Das prächtige, aus Gemeindemitteln errichtete Gebäude der Centralbörse wurde fünf Jahre später, im Mai 1892, vollendet und den Gewerkschaften übergeben.

Die unter dem Einfluß der sozialistischen Gemeinderatsmitglieder ausgearbeiteten Statuten entsprachen den Wünschen der Gewerkschaften in allen Punkten. Die Verwaltung der Arbeitsbörse lag in den Händen eines Generalkomites, in welchem jede Gewerkschaft einen von ihr gewählten Vertreter hatte. Der Gemeinderat gewährte bis zur Eröffnung der Centralbörse eine jährliche Subvention von 20.000 Franken, von da ab 100.000 Franken. Neben die Verwendung dieser Subvention war das Generalkomitee dem Gemeinderat, dem überhaupt das Recht der Kontrolle zustand, Rechenschaft schuldig.

Was war nun die Tätigkeit der Arbeitsbörse von 1887 bis 1893, d. h. bis zu deren Schließung unter dem Ministerium Dupuy?

Die Vertrauensmänner der Pariser Gewerkschaften halten von der neuen Institution übertriebene Vorstellungen. Außer der Organisation des unentgeltlichen Arbeitsnachweises und der Vereinheitlichung und Förderung der gewerkschaftlichen Organisation, sah sie die Vermittelung bei Konflikten zwischen Arbeitern und Unternehmern ins Auge und erwarteten von dem vereinigten Wirken der in allen wichtigen Centren zu errichtenden Börsen die Aufstellung einer fortlaufenden und vollständigen Arbeits- und Industrieklassifikation, sowie entscheidende und plausiblere Förderung der Arbeiterschutzbefreiung und der sozialpolitischen Gesetzgebung im allgemeinen, und das zwar geradezu durch Ausarbeitung von selbständigen Gesetzesentwürfen oder auch von Gegenentwürfen, die dem Parlament durch die sozialistischen Abgeordneten vorzulegen wären. Kurz, die Arbeitsbörsen sollten zur vornehmlichen und allseitigen Schutzwaffe des kämpfenden Proletariats werden.

In der Wirklichkeit führte natürlich die überspannte Auffassung vielfach zur Erfüllungsvergängung. Man möchte sich auf einmal an viele und obendrein für die Arbeitsbörsen überfüllbare Aufgaben heran, um schließlich wenig und mangelhaftes zu leisten. Zudem waren nach und nach mehrere Punkte des angeführten Programms durch die von der Regierung und dem Parlament beschlossenen sozialpolitischen Neuerungen so gut wie gegenstandslos geworden. Für die Arbeits- und Industrieklassifikation sorgte seit 1891 das Arbeitsamt (Office du Travail), die Ausbildung der sozialpolitischen Gesetzgebung fiel dem höheren Arbeitsrate (Conseil Supérieur du Travail) zu, die Vermittelung bei Konflikten zwischen Arbeitern und Unternehmern wurde schlecht und recht durch das Gesetz vom Dezember 1892 geregelt.

Bleiben also der unentgeltliche Arbeitsnachweis und die Förderung der gewerkschaftlichen Organisation. Auf diesem Gebiete hat die Arbeitsbörse verhältnismäßig, unter Berücksichtigung der ungünstigen Umstände, allerdings bedeutendes geleistet.

Den Jahrblätter der Pariser Arbeitsbörse entnehmen wir folgende Angaben über die Ergebnisse des Arbeitsnachweises: 1888 und 1889 wurden insgesamt rund 25.000 Stellen nachgewiesen; 1890, Zahl der Eingeschriebenen 29.274, nachgewiesene Stellen 24.925 (darunter 22.176 feste Stellen); 1891 sind die entsprechenden Zahlen: 37.142, 34.553 (darunter 29.539 feste Stellen). Dabei ist zu bedenken, daß die unzähligen privaten Büros dem Wirken der Arbeitsbörse ungeheuren Abruch thaten, indem die Unternehmer meistens ihr Arbeitspersonal ausschließlich durch die ausbenterischen Büros rekrutierten. Die Arbeitsbörse war ja ihnen von vornherein ein Schenkel und Grenz.

Um einspruchsfähigsten war das Wirken der Pariser Arbeitsbörse auf gewerkschaftlichem Gebiet, sowie in Bezug auf die Ausbreitung der neuen Institution in ganz Frankreich. In Paris selbst nahm unter dem Einfluß der Arbeitsbörse die Entwicklung der Gewerkschaften einen großen Aufschwung. Schon die Verfügung über unentgeltliche Lokale begünstigte die Entstehung neuer Gewerkschaften und die Stärkung der bestehenden. Dazu kamen die Vorteile des centralisierten unentgeltlichen Arbeitsnachweises und die Entschädigung der Vertrauensmänner aus der städtischen Subvention. Ein aus dem Schoße des Generalkomites erkannter Propagandaausschuß sorgte eifrig für die Ausklärung der nichtorganisierten Arbeiter über den Wert der gewerkschaftlichen Organisation und die Bedeutung der Arbeitsbörse. Die Anziehungskraft derselben war denn auch im steilen Steigen begriffen. Im Jahre 1887 beherbergte sie 44, 1892 bis 1893 205 Gewerkschaften mit (nach den Angaben des sozialistischen Gemeinderatsmitglieds Faillot) beiläufig 300 tausend Mitgliedern.

In der Provinz entstanden, durch das Pariser Beispiel und mitunter auch direkt durch die Propaganda der Ausschäftsmitglieder der hauptstädtischen Börse angeregt, nach und nach Arbeitsbörsen beinahe in allen wichtigen Industriezentren: in Marseille, Lyon, St-Etienne, Bourges, Nantes, Toulouse u. s. f. Überall entlangten die Arbeitsbörsen von den Gemeinderäten neben einem Lokal vollständige oder teilweise Deckung der Administrationskosten aus Gemeindemitteln. Die Statuten der Provinzbörsen und ihre Tätigkeit entsprachen im wesentlichen denen der Pariser Börse. Die besser gestellten Provinzbörsen veröffentlichten ein periodisches Bulletin. Die Pariser gab, außer einem wöchentlichen Bulletin, ein Jahrbuch heraus, worin ausführlich über die Tätigkeit der Anstalt berichtet wurde. Fast überall verstandene Bibliotheken, Lesesäle und Versammlungsräume. Ein Teil der verfügbaren Mittel wurde in der Provinz auf den unentgeltlichen Gewerbeunterricht verwendet (in Paris konnte man davon absiehen, in Anbetracht der zahlreichen kommunalen Gewerbeschulen und Gewerbetriebe).

1892 kam schließlich eine Föderation (Verband) sämtlicher Arbeitsbörsen zu stande mit einem alljährlich abgehaltenen Kongreß.

Die in den Börsen vereinigten Gewerkschaften standen auf sozialistischem Boden. Namenslich die Pariser Börse beteiligte sich an allen Kundgebungen des kämpfenden Proletariats, so an der Maifeier. Auf dem Brüsseler internationalen Kongreß war sie durch zwei Delegierte vertreten. Auf dem Zürcher internationalen Kongreß ließen sich sieben Arbeitsbörsen vertreten. Die ausgesprochene sozialistische Gesinnung der Pariser Arbeitsbörse, sowie ihre wachsende Bedeutung als Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Organisationen der Hauptstadt riefen bei der

Bourgeoisie den lebhaftesten Wunsch nach Unterdrückung der "gemeingefährlichen" Anstalt hervor. Dupuy kam diesem Wunsche nach. Ein Vorwand war bald gefunden. Man entschloß sich auf einmal, daß das Koalitionsgebot von den Gewerkschaften die Einreichung ihrer Statuten und der Namen der Vorstandsmitglieder bei der Seine-Präfektur (außerhalb Paris beim Gemeinderat) fordert, eine Bestimmung, um deren Einhaltung die Börsen sich bis dahin nicht gekümmert hatten und welcher auch die in der Arbeitsbörse etablierten Gewerkschaften nicht nachgekommen waren, um die Vorstandsmitglieder vor polizeilichen Plakaturen und eventuellen Maßregelungen zu bewahren. Dupuy stellte nun die Gewerkschaften vor die Wahl, entweder jener Bestimmung nachzuhören oder die Arbeitsbörse zu räumen. Die Gewerkschaften zögerten umsonst, Dupuys Bedingungen anzunehmen, als dieser Handlanger der Bourgeoisie zugleich mit dem Plan umging, die Selbstverwaltung der Arbeitsbörse zu vernichten. Daraufhin beschloß sich Dupuy, die Arbeitsbörse am 7. Juli 1893, unter unnötiger Entfaltung von militärischer und polizeilicher Gewalt, zu schließen.

Seitdem sind vier Ministerien ins parlamentarische Jenseits hinübergezogen, alle freilich vom gleichen Kaliber, das vom Gemeinderat für die Gewerkschaften errichtete Gebäude blieb aber immer leer und verschlossen. Erst das gegenwärtige Ministerium hat darauf gehalten, das Unrecht wieder gut zu machen. Gehört doch, wie erwähnt, eines seiner Mitglieder, der Handelsminister Mesureur, zu den Schöpfern der Arbeitsbörse.

Über freilich werden die Gewerkschaften die früheren unerschrankte Selbstverwaltung nicht wiederfinden. Wie in allem anderen, darf oder will das Ministerium Bourgeois auch in diesem Falle nicht ganze Arbeit thun. Das Dekret betreffend Wiedereröffnung der Arbeitsbörse läßt den Gewerkschaften freie Hand nur in der Verwaltung ihrer internen Geschäfte, einschließlich der Arbeitsnachweiszubüros, sowie in der Regelung ihrer gegenseitigen Beziehungen. Sonst wird der Seine-Präfekt, der früher mit der Anstalt gar nichts zu schaffen hatte, für den "legalen Administrator" der Arbeitsbörse erklärt. Um in die Börse aufgenommen zu werden, haben sich die Gewerkschaften dem Koalitionsgebot in allen Stücken zu fügen. Die Zulassungsgefechte sind an den Präfekten zu richten. Der Präfekt ernennt die verschiedenen Verwaltungsbeamten, darunter den mit der Finanzverwaltung und Finanzkontrolle betrauten. Ein Generalkomitee kennt das Dekret natürlich nicht. Au dessen Stelle wird dem Präfekten ein 20gliedriger beratender Ausschuß zur Seite gestellt, der wie folgt zusammengesetzt ist: aus 10 Delegierten der Gewerkschaften, 6 Mitgliedern des Gemeinderates und je 2 Vertretern der Seine-Präfektur und des Arbeitsamtes. Auf eigene Initiative darf sich der Ausschuß aussprechen über die Frage der Zulassung und Ausschließung von Gewerkschaften, über die Verteilung der Lokale unter die einzelnen Gewerkschaften und die Reiheordnung bei der Benutzung der Versammlungsräume, sowie über die Herausgabe der Bulletins und des Jahrbuches. Schließlich stellt der Ausschuß den Vorschlag der Ausgaben auf und erstaltet alljährlich Bericht über die Tätigkeit und die materielle Situation der Anstalt.

Sehr viel, wenn nicht alles, kommt freilich auf die Handhabung des Dekrets an. Unter dem gegenwärtigen Ministerium wird wohl der Präfekt kluge Bescheidenheit üben. Das dünkt jedoch mancher Gewerkschaft keine genügende Gewehr für die Zukunft zu sein. Namenslich die unter almanistischem Einfluß stehenden Gewerkschaften zeigen sich bisher wenig geneigt, in die offizielle Börse einzuziehen. Diese Gewerkschaften haben sich nach Schließung der Börse auf eigene Kosten, allerdings in zerstreut und engen Lokalen, eingerichtet, wo sie nach wie vor unter dem Namen "Arbeitsbörse" vereinigt blieben. Auch die Föderation der französischen Arbeitsbörsen war durch die Schließung der Pariser Arbeitsbörse nicht berührt worden (1895 hielt sie in Nîmes ihren vierten Jahrestag ab). Der intranigente Teil der Gewerkschaften steht sich insbesondere an die erwähnte Forderung des Koalitionsgebotes, deren Erfüllung zur unerlässlichen Bedingung der Zulassung in die städtische Arbeitsbörse gemacht wurde.

Immerhin ist es in Unbeirracht der großen Vorteile, die die städtische Arbeitsbörse den Gewerkschaften bietet, erfreulich, daß die Mehrzahl der Pariser Gewerkschaften von dem halben Zugeständnis Gebrauch machen und in das geräumige, prächtige Gebäude der Château-d'Eau-Straße wieder einzehen wird.

Litterarisches.

Verzeichnis der eingelaufenen Schriften.

Besprechung der wichtigeren Erscheinungen bleibt vorbehalten.

Zwei Lieder von Georg Herwegh, komponiert von Joseph Schenck. a) *Wer!* und *arbeit!*. Bundeslied für den allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein. b) Achtzehnter März. Verlag J. Günther, Dresden.

Heinrich Pestalozzi. Illustrierte Festschrift für die Jugend von A. Isler. Zürich 1896. J. R. Müller.

Den Männern ins Ohr, hundert und eiliche Sprüche von C. G. Wild. St. Gallen 1896. Selbstverlag.

Die Stellung der Privatdozenten von Dr. F. Jastrow. Berlin 1896. Rosenbaum u. Hart.

Die deutsche Frau und das bürgerliche Geschlech von C. Bulling, Geh. Justizrat. Berlin 1896. Rosenbaum u. Hart.

Die Gruel der Jesuiten, ein Mahnwort in letzter Stunde. Verlag von Felix Simon. 1896.

Der deutsche Pulverring und das Militärpulvergeschäft von G. Fechner. Göppingen 1896. Selbstverlag.

Das Arbeiterleben in der Konfektionsindustrie vor dem deutschen Reichstag. Berlin 1896. Verlag der Buchhandlung Vorwärts.

Zweierlei Recht, stenographischer Bericht der Verhandlungen des deutschen Reichstags über die Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechtes. Berlin 1896. Verlag des Vorwärts.

Sibirien in Preußen. Ein Werk aus dem Gesangnis von Dr. Bruno Wille. Stuttgart 1896. R. Loh.

In der Ferienkolonie. Skizzen und Betrachtungen aus dem Leben eines preußischen Soldaten von J. M. Grieger. Stuttgart 1896. R. Loh.

* * *

Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Nr. 2.

Die Neue Zeit. 14. Jahrgang. Heft 21.

Soziale Praxis. Centralblatt für Sozialpolitik. 5. Jahrgang. Nr. 21.

Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik. 4. Jahrgang. Zweites Februarheft.

Der sozialistische Akademiker. 2. Jahrg. Nr. 2. Februarheft.

Anzeige von Neuheiten!**Der deutsche Pulsver-Ring und das Militär-Pulsvergeschäft.**

Von Georg Fechner.

Agitations-Ausgabe. — Preis 50 Pf.

Diese Broschüre hat im Reichstag bei Behandlung des Militarismus bedeutendes Aufsehen erregt.

Das Elend in der Hansindustrie der Konfektion.

Von Oda Olberg.

Preis 1.— Mark.

Das Arbeiter-Elend in der Konfektions-Industrie vor dem Deutschen Reichstag.Stenographischer Bericht über die Verhandlungen vom 12. Februar 1896.
Preis 10 Pf.**Zweierlei Recht.**Stenographischer Bericht der Verhandlungen des Deutschen Reichstages über die Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechtes.
Preis 10 Pf.**Ernst Schubert**

Zeitzer- und Sophienstrassen-Ecke.

Confirmations-Anzüge[1828]
von 10 Mark an
in schönster Auswahl.**W. Bergemann**
färberei und WaschanstaltThomaskirchhof 5
empfiehlt sich im Färben von Herren- und Damen-Garderobe in Wolle und Seide zu allen Modefarben. Abgetragene Kleider aufzuhüten, reinigen von Damen-Meldern im unzertrennten Zustande, Kästen von Federn und Handschuhen.
Anfragen werden gewissenhaft ausgeführt.

[1778]

J. Schneider & Co.
Speditions- u. Kohlen-Geschäft
Ritterstrasse 19

Alleinvertreter der Rositzer Braunkohlenwerke, A. G.

empfiehlt ihre wiederholte mit ersten Preisen gefrorene

[1578]

Rositzer Briquetts, Marke "Rositz"

Beste Döllnitzer Steinkohlen und Steinkohlen-Briquetts, vorzügl. Brüder und Duxer Braunkohlen, engl. Anthracitkohlen.

zu billigsten Tagespreisen prompt und reell.

Kohlenniederlage: Neuhäuser Thauchaer Straße 15.

Grösstes Schuhwarenlager
von Albert Ritter

Lindenau, Markt 25.

Wir geh'n na. Lindenau, Wir lassen unser Geld
Wir sind schon nicht so blau, Im Orl. wo's Leber hält,
Dass wir nach Leipzig geh'n, Wo billig und gut
Zu August, Frühen oder W. Man immer finden thut.

Einziges Wiener Schuhwaren-Lager
am Platze für Herren, Damen und Kinder
vom einfachsten bis elegantesten.

Durch gute Warenlände bin ich in der Lage, zu ganz erstaunlich billigen Preisen zu verkaufen und empfehle allerseitigstes in

Radfahrer- und Turner-Schuhen und Stiefel
sowie grosses Pantoffel-Lager. Gleichzeitig bringe einen Posten vor-

zügige Ware, um damit zu räumen, zu niedrigstenden Preisen zum Verkauf:

Herren-Schuh und -Stiefel von Mf. 4.50 an

Damen-Stiefel 3.50 "

Kinder-Schuh und -Stiefel 1.50 "

Bestellungen nach Maß sowie Reparaturen auch bei mir nicht gelaufer Ware.

**Mein
Maren-
Credit-
Geschäft**

bietet Jeder Mann die günstigste Gelegenheit, sich Herren-, Knaben-, Mäntel, Jacken, Hosen, Westen, Damen-, Mäntel, Jacken, Mäntel, Kleiderstücke, Gardinen, Cashemirs, Bettzeuge, Tisch- und Bettdecken, Möbel und Betten auf die leichteste Weise, d. h. auf

Abzahlung

zu beschaffen.
Großes Lager in Confirmanden-Sachen für Knaben u. Mädchen.

L. Cohn

"Am Westplatz"
Eingang: Colonnadenstr. 34, I.

Die Auswahl ist unübertroffen!
Die Preise sind erstaunlich billig!
Die Qualitäten sind bessere als anderswo!
Die Zahlungsbedingungen sind so günstig wie nirgends.

Fahrräder**Nähmaschinen**

beste Fabrikate zu billigsten Preisen. Fachmännische Garantie.

Unterricht frei.

Günstige Teil-zahlung.

Wilh. Frenzel, Mechaniker

2. Neuschönfeld, Eisenbahnh. 40.

Große Reparatur-Werkstätten.

Wer ein gutes Rad oder eine solide Nähmaschine billig haben will, wende sich an einen Fachmann und nicht an Händler, die alles, nur nicht Mechaniker sind. Diese Erkenntniß kommt sonst privat durch Schaden.

Sämtliche**Gummiwaren**

Bedarfs-Artikel

Gesundheitswst., empf. f. best. Quat. in S.

G. Dietz, St. Fleischergasse 21, I.

Preisliste auf Wunsch gegen M. R.

Achtung.

Neue, geiz. Herren-Garderobe, sowie Confirmanden- und Kinder-Anzüge, Schuhe, Stiefeln u. Wäsche kaufen man gut und billig bei

Max Junghans, Thalstr., alte Nr. 28.

Kinderwagen auf Abzahlung.**Cigarren-Weber,**

P.-Volkmarsdörfer Berg 10a.

Rabattmarken**Rautenshukstempel**

wie alle Druckarbeiten in Buch- und Steindruck liefern sauber und preiswert

Konrad Müller

Schenditz-Leipzig.

Ausserierte Preistafeln gratis!

Gr. Auswahl präm. Harzer Kanarienvögel,

Decken, Rüst., Nest, Charpie, Eierkorb,

hoch. Sonn.-Rübb., 5 Pf. 1. Et. 18. Et.

Ameisenkörner, Mehlw., Ital. Goldfische à 15 Pf.

empf. M. Kraft, Vogelzutterhdg., Poststr. 18.

Käufe und Verkäufe.

2 Geb. g. rote Bett-, Bettst. m. Matr. v.

bess. u. einf. Möb. b. Blücherstr. 33, I. r.

Neuheiten!

Grösste Auswahl
in Herren-Anzügen
von 12 Mark an

Ernst Schubert

Zeitzer- und Sophienstrassen-Ecke.

Emaillierte Kochgeschirre.

Billigste Bezugsquelle. Verkauf nach Gewicht.

Tassen von 25 Pf. an, Eimer von 1 Ml. an, eiserne Kochgeschirre,

Lampen und sämtl. Wirtschaftsartikel billiger als jede Konkurrenz.

Otto Wagner, Leipzig, Nikolaistraße 6.**Reichsstr. 9. Die Reichsstr. 9.****Auflösung meines Engross-Lagers**

verauflaht mich, die Restbestände in

Tricotagen, Strumpf- und Wollwaren, Barchenthemden

in kürzester Zeit vollständig aufzulösen.

Es bietet sich dem Bedarf habenden Publikum Gelegenheit, die ein-gangs erwähnten Artikel 25 Prozent unter dem wirklichen Wert einzufangen.

Ferner offeriere ich ein

größeres Quantum in den Schaufenstern schmutzig gewordener Wäsche zu jedem annehmbaren Preise.

A. Blum, Reichsstraße 9.**Deutsche Schuhfabrik, Erfurt**

Filiale: Leipzig, Zeitzer Str. 37

empfiehlt ihr reichhaltiges Lager sämtlicher

Schuhwaren

zu billigsten Preisen.

Große Auswahl in Filz- u. Gummischuhen.

Bestellungen nach Mass und Reparaturen.

Richtung für alle an Rheumatismus, Gicht, Podagra, Hegenäsch, Migräne, rheumatischen Kopf- und Geschlechtsmergen u. Leiden den.

Mit lange Zeit an Gicht u. Rheumatismus leidende Menschen bleiben erfolglos. Durch eine ebenso einfache als billige Kur wurde dieselbe in

Meine Frau einfacher als billige Kur wurde dieselbe inkurzer Zeit vollständig gesund. **Wilhelm Mehner, Schuhmeister, Blasewitz v. Dr.** (Beglauigte d. d. Ortsbehörde). Im Interesse aller Leidenden bleibt die selbe auf Anfragen gratis Kunstdurst.

Hosen Schneider gesucht Volkmarsdörfer Kirchstraße 60, h. 1. Etage.

Bei Anfert. v. Dam.-u. Konf. Kleid. empf. sich Richter, Baumgärtel, Albertstr. 114, h. L.

Lüdt-Schneiderin a. Dam.-u. Kb.-Gard. bll. Pr., empf. sich Weihenfelsler Str. 62, IV. r.

Strümpfe werden mit Masch. neu u. angestrickt Johanniskäppi 13, 3. Et.

J. Mädch. f. d. Schule gründet exkl. Georgenstr. 15, 3. Et. Stirge.

Berl. v. Hessenfelslerstr. bis Lüdener Str. Wasserhahn. G. Bel. abz. Hessenfelslerstr. 3, v.

Die Person, w. Montag, 8. Febr. a. d. Wege v. Gaupitsch nach Dötzsch d. blauen Shawl mit bun. Kante gef. w. geben. den. geg. Belohn. abzugeb. b. Frau Blümler, Gaupitsch Nr. 55.

Familienanzeigen.

Schmerzbaul! Die best. Glückwünsche zum heutigen Purzelseite.

Metzgerfeier Tonnenwitz. Es ist bloß wegen dem Fäischen.

Unser Freund Ernst Jasch die best. Wünsche z. heutig. Tage. A. D. u. Frau.

Die herzl. Glückwünsche Fel. von h. zu ihrem heutigen Wiegenseite. Helmhold.

Unser Trutchen die besten Wünsche zu Ihr. 4. Geburtst. Theod. Stößner u. Frau.

Wir gratul. unserm Schafkopfbruder Bruno B. zu seinem heut. Purzelseite.

Der Schafkopfclub Immergrün.

Also Bruno streng Dich ein bläschken an, denn in 8 Jahr. kommst du erst w. dir.

Gestern abend 9 Uhr verschob nach kurzen, schweren Leiden im Krankenhaus zu St. Jasch meine liebe Mutter

Fran Klara vw. Weisse geb. Henning im Alter von 59 Jahren. Um stills Beileid bittet die trauernde Tochter

Marie Weisse, Kohlenstraße 30.

Herzlichen Dank

allen Freunden und Bekannten für die herzliche Teilnahme beim Tode unserer

Kinder

Martha und Frieda.

Familie Adolfs Seidel und Beata.

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft

DFG

2. Beilage zu Nr. 49 der Leipziger Volkszeitung, Freitag den 28. Februar 1896.

Von der Wahlrechtsbewegung.

Der Vorwärts beantwortet heute unsere Frage von vorgestern. Wipp und klar. Hier ist die Antwort: „Die Leipz. Volkszeitg. fordert uns auf, Wipp und klar zu erklären, ob wir für sofortige Mandatsniederlegung sind. Das „sofort“, dachten wir, sei durch die Ex-Excellenz von Puttkamer in Misskredit gekommen. Wir sind für die Niederlegung aller sozialdemokratischen Mandate, wenn das Wahlrechts-Attentat verübt ist — das haben wir mit nicht unzumutender Deutlichkeit im Vorwärts wiederholt ausgesprochen, und mindestens, im Kreis nächstbeteiligter Genossen, schon ehe in der Leipz. Volkszeitg. davon die Rede war.“ — Und in einer anderen Notiz wiederholt der Vorwärts: „Wie die Entscheidung der Landesversammlung über die Frage ausfallen wird, erscheint uns nicht zweifelhaft und unsere eigene Meinung haben wir ja auch schon deutlich genug ausgesprochen, aber irgend etwas zu überstricken, dazu liegt gar kein Anlaß vor.“ Damit ist also der Vorwärts in der Hauptfrage unserer Aussöhnung beigegetreten. Dass er sonst noch gegen uns polemisiert und uns gar Sucht nach Kavalierkeiten vorwirkt, wollen wir ihm nicht weiter verübeln, da er nicht zu wissen scheint, welche zwingenden und bringenden Gründe uns im Interesse der Partei genügt haben, der Fraktion die Notwendigkeit der Mandatsniederlegung begreiflich zu machen.

Zur Mandatsniederlegung liegen weitere Ausführungen der Parteipresse vor. Die Münchener Post schreibt: „Für die sozialdemokratischen Abgeordneten bleibt es nach Annahme der Vorlage nur einen Weg: die Niederlegung der Mandate.“ Die Bremer Bürgerzeitung äußert sich ähnlich: „In der Presse ist die einzige Beantwortung dieses Gesetzes schon ausgesprochen worden: sofortiger Austritt sämtlicher sozialdemokratischer Abgeordneten aus der Kammer.“ Und das Würzburger Parteiorgan schreibt endlich: „Unser Standpunkt ist unanfechtbar, die Fraktion hat die Ehre der Partei zu vertreten und nicht die Wähler allein, sondern die Vertreter der Partei im ganzen Lande haben zu entscheiden, wie sich die Fraktion verhält. Wir fürchten, dass sich die Fraktion durch Verbleiben in der Kammer geradezu lächerlich machen würde, denn sie müsste es sich gefallen lassen, wenn ihr gelegentlich vorgeworfen würde, dass ihr letztes Stündlein ja bald geschlagen hat.“

Der Chemnitzer Beobachter ist nicht gut auf uns zu sprechen; er zieht uns sogar den „radikalen Bratenrock“ an, die neuzeitliche Revolutionäre Modeacquisition, die der Beobachter höchstens für uns erfunden hat. Wir haben keine Lust, mit unserer Kollegin uns weiter zu beschließen; wir haben keine Zeit, uns mit einem Blatte zu beschäftigen, dessen traditionelle Kampfesweise gegen die Leipziger Volkszeitung unschön und wildlos ist und das aus Mangel an guten Gründen sich in plumpen Schimpfsprüchen gegen die Volkszeitung ergeht.

Vom Reichstage.

Die Justizkommission des Reichstages setzte die zweite Lesung der Justiznovelle zur Strafprozeßordnung fort. Nach § 107 der Strafprozeßordnung ist dem von der Durchsuchung Betroffenen nach deren Beendigung auf Verlangen eine schriftliche Mitteilung zu machen, welche den Grund der Durchsuchung, sowie die strafbare Handlung, deren der Durchsuchte verdächtigt ist, bezeichnen muss. Auf Antrag der Abg. Frohne und Stadhagen (Soz.) wurden die beiden Worte „auf Verlangen“ — mit 8 gegen 7 Stimmen — gestrichen. Zur § 116 des bestehenden Gesetzes wird gefragt, daß in der Untersuchungshaft Bequemlichkeiten und Beschäftigungen, die dem Stande und den Vermögensverhältnissen des Verhafteten entsprechen, dieser sich auf seine Kosten beschaffen darf. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurden die gesperrt gedruckten Worte gestrichen, und auf Antrag der Witte (Gr.) hinzugefügt: „mit dieser Maßgabe darf Gefahr und Beschäftigung mit schriftlichen Arbeiten ihm nicht unterstellt werden.“ § 181, welcher besagt, daß gegen den Beschluss des Gerichts, durch welchen der Antrag der Staatsanwaltschaft auf Eröffnung der Voruntersuchung abgelehnt worden ist, sofort Beschwerde stattfindet, wird, ebenso wie in erster Lesung, wiederum abgelehnt. Am Freitag wird die Verhandlung fortgesetzt.

Die Ohrfeige.

Pädagogische Gedanken eines Kunstmuseums.

Ich trat in Del Beccios Kunstausstellung mit dem dumpfen Vorgefühl, ich würde mich langweilen. War es der trübe Nebeltag, der mir die Stimmung verdorben hatte, dies charakterlose Leipziger Licht, das langsam und verbreitlich, als lohne es sich heute gar nicht, durch die glatten, nichtsagenden Spiegelscheiben in die braune Dämmerung der Bildernischen hereinfropste? Ober waren es die stumpfen Farben der Gemälde selbst, die mit ihren schulmeisternden Abiübung aller Lichter und Schatten mich einschlieferten? Ich weiß es nicht. Vielleicht wirkte beides zusammen, mein seelisches Unbehagen bis zur Unerträglichkeit zu steigern. Im ersten Augenblick hatte ich nicht viel Lust, wieder umzukehren. Aber ich war einmal da, und so blieb ich denn — weniger, um die ausgestellten Gemälde kritisch zu betrachten (denn ich fühlte, daß ich heute meine Augen nicht in der Gewalt hatte), als um — nun wer willte in johanner Stimmung, warum er etwas thut, was er eigentlich gar nicht tun will?

Eben hatte ich an der einen Wand entlang drei mit fleißigen Beobachtung aller Kunstregreln gemalte Landschaften flüchtigen Auges gemustert, als sich hinter meinem Rücken eine vor Entzückung zitternde Frauensilhouette hören ließ: „Aber, Anna, sieh doch mal hierher! Wie kann ein vernünftiger Mensch nur so was malen! Dies Lilalied und dieser Blauhut, und dazu diese grellblauen Augen! Das tut ja einem ordentlich weh. Das ist keimade, als ob man plötzlich eine Ohrfeige erhielte!“

Ich wandte mich um. Eine ältere Dame stand, das goldene Vorhaar gegen die Augen gedrückt, in Begleitung eines jungen Mädchens, lippeschüttelnd vor einem vielleicht einen Quadratfuß großen Ölbilde, das mit dem Namen Paul Hoeninger gezeichnet war und die nichtsagende Unterschrift Madeline trug. Ich trat näher und mustete lächeln. Die entrüstete Dame

Aus der Partei.

Aus Luckenwalde wird gemeldet, daß die wegen Verdachts der Verleitung zum Weineid in Haft genommenen Genossen Plöse, Bwanzig, Thiele und Haase am 25. Febr. abends aus dem Untersuchungsgefängnis in Potsdam entlassen worden sind, da der noch in Haft behaltene Belastungszunge Blumenthal sich in zu viel Widersprüche verwirkt hat.

Hamburg, 26. Februar. Einzehn Volksversammlungen protestierten gegen die Verschleppung der Hamburger Verfassungs- und Verwaltungsreform. Zu gleichlautender Resolution verlangten sie die Schaffung einer wirklichen Volksvertretung und Beseitigung der Mängel der Stadtvorwahl.

S. Mainz, 27. Febr. Vor dem Schöffengericht standen heute der Redakteur der Mainzer Volkszeitung, Genosse Peter Tiefel, und der Verleger desselben Blattes, Genosse Ludwig Foist, angeklagt eines schriftlichen „Verbrechens“. In dem Wiesbadener Verlag in Leipzig erscheint seit kurzem ein populärwissenschaftliches Werk: Das Werden des Menschen. Zur Empfehlung dieses Werkes hat die Verlagsbuchhandlung einen Prospekt drucken lassen, auf dem sich die Abbildung eines menschlichen Embryos befindet. Dieser Prospekt wurde der Mainzer Volkszeitung, deren Expedition wie viele andere Parteiblätter, Buchhändel betreibt, zur Empfehlung des Werkes beigelegt. Die hiesige Staatsanwaltschaft erklärte hierin einen Verstoß gegen den § 184 des Str.-G.-V. und erhob Anklage wegen Verbreitung unsittlicher Schriften. Das Schöffengericht verurteilte heute auch wirklich die beiden „Verbrecher“ zu je dreißig Mark Geldbuße. Die Leipziger Staatsanwaltschaft hatte seiner Zeit ein strafrechtliches Einschreien gegen den in Leipzig wohnenden Verleger abgelehnt.

Die Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokraten ist vom Landesvorstand auf den 5. und 6. April nach Stuttgart einzuberufen.

Genosse Dertel in Nürnberg wurde von der Strafkammer wegen Ermessungsversuchs, verübt beim Streit in der Marschallischen Fabrik zu Gunsten der Arbeiter, zu zwei Monaten Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt!!

Soziale Rundschau.

Aufruf an die Maler und Lackierer Leipzigs und Umgegend.

Kollegen! Noch immer beharrt ein Teil unserer Arbeitgeber, wie dies das Verhalten der Zinnung beweist, darauf, die von Euch, als den am schlechtesten bezahlten Bauhandwerkern, gestellten gerechten Forderungen nicht zu bewilligen. Jeder Maurer und Zimmermann erhält laut Beschluss des Bauarbeiterverbandes vom 1. April d. J. ab einen Minimallohn von 45 Pfsg. pro Stunde. Euch jedoch will man, nach dem Anordnen der Zinnung, mit einem Minimallohn von 42 Pfsg. befreien, trotzdem bereits der grösste Teil der Meister im vorigen Jahr die Forderungen unseres Tarifs anerkannt hatte. Kollegen! Es liegt nun an Euch, entweder diesen Schlag ruhig hinzunehmen, oder Euch aufzuraffen und das Errungene vom vorigen Jahr hochzuhalten. Wollt Ihr Euch willenslos unterwerfen? Wenn nicht — dann erscheint Mann für Mann in der Montag den 2. März abends 8 Uhr im Saale der Flora, Windmühlenstraße, stattfindenden öffentlichen Versammlung. Demonstriert für Eure gerechte Sache dadurch, daß Ihr in Massen erscheint. Jeder von Euch, der sich solidarisch fühlt und ein Herz für seine darbenden und arbeitslosen Kollegen besitzt, trete ein für den Minimallohn von 45 Pfsg. und die 8 stündige Arbeitszeit! Die Lohnkommission.

Zimmererstreit in Berlin. Das Einigungsamt des Gewerbegerichts proponierte 52½ Pfennige Stundenlohn bei 9½ stündiger Arbeitzeit. Die Arbeitgeber stimmten zu. Die Arbeitnehmer, die bisher 8 stündige Arbeitzeit verlangten, werden sich in einer späteren Versammlung schlüssig machen.

Kotbus, 27. Februar. Nach einer Melbung des Forster Tagblattes, eines im Dienste der Fabrikanten stehenden Blattes, mißhandelten ausständische Textilarbeiter auf der Wallepromenade von der Arbeit heimkehrende Fabrikmädchen. Durch ein gedrucktes Plakat an die Staatsanwaltschaft wurde die Sprengung der Geisslerschen Färberei angekündigt. Die Gendarmerieposten sind durch 11 Mann verstärkt worden. Wenn

hättet recht. Ein blonder Mädchentyp guckte leck unter einem großen Blauhut hervor mit hellblauen, sonnigen Augen den Besucher an. Aber nicht genug, daß eine gleichfarbige Blauatasse den schlanken Oberkörper umschloss: der Künstler hatte überdies, mit frecher Mißachtung aller Gelege, komplementärfarbige Farbenempfindungen, dem Ganzen einen grellgrünen Hintergrund gegeben, aus dem sich schreidend rote Klatschrosen in die blassen Blautöne der Hauptfigur vordrängten. In der That, eine außerordentliche Zusammensetzung widerstreitender Farben, eine klatschende Ohrfeige für die verzückten Augen des Kunstgebilden Publikums. Und doch, je länger ich das Bild betrachte, um so mehr zog's mich an. Es war kein Meisterwerk, aber es erzählte von einem ehrlichen Menschen mit der grossen Natur, die ja auch ihre Farbenpracht gress und verschwenderisch um sich streut, ohne sich um die Kunstregreln der ästhetischen Schulmeister zu kümmern. Der das Bild gemalt hatte, war ein Künstler, der es wogte, die Wirklichkeit mit seinen eigenen Augen, nicht durch die Brille anderer Meister anzuschauen, und der den klugen Versuch mache, sie so, wie er sie geschaut hatte, wiederzugeben. Und dieser Mut mußte dem unbefangenen Betrachter Achtung abrohren, auch wo die Absicht, durchweg mit widerstreitenden Farben zu arbeiten, allzu grell hervortrat.

Und diese Absicht ist auch bei den anderen Bildern, die Paul Hoeninger ausgestellt hat, unverkennbar, ebenso unverkennbar wie das erfreuliche Streben, die einseitige fahle Atelierbeleuchtung durch die blendenden Lichter der freien Natur zu ersetzen. Dasselbe grelle Blau blendet uns auch in den kleinen, stimmungsvollen Sommerfrische: eine Frau, in steifer Wildblumenkleidung, mit Mittagssonnenlicht umflossen, in einer Laube, von der der Blick die grellbeleuchtete eintönige Dorfstraße hinausweist. Und blaue, grüne und rote Töne strecken sich um die Wette in dem Idyll Auf dem Bande: eine blaugesleide Dame mit rotem Sonnenstrahl mitten unter grünen Bäumen, vor ihr eine grässliche Wiese im Sonnenenglanz, aus der die hellblauen Schilfzweige des Gartners hervorschimmert. Überall dies Schwelgen in

die Nachrichten sich als wahr erweisen sollten, was wir aber noch bezweifeln, so wäre mir damit bewiesen, daß die Arbeiterbewegung in Kotbus durch eine strenne Organisation noch nicht geträumt und in strenne Disziplin genommen ist.

S. In der Schuhfabrik von Eichbaum u. Co. in Mainz, woselbst erst kürzlich Lohnstreitigkeiten mit deren Stepperrinnen entstanden und beigelegt waren, sind schon wieder Differenzen ausgebrochen, und dieses Mal mit den Zwicker. Eine stattgehabte Versammlung sämtlicher Arbeiter der genannten Fabrik beschloß, für Einführung der in den Offenbacher Schuhfabriken geltenden Preise einzutreten. Ein Arbeiterausschuss wurde beauftragt, mit der Firma die Unterhandlungen zu führen. Derselbe verhängte die Sperrre über die Fabrik und beschloß, dieselbe so lange aufrecht zu erhalten, bis endlich alle Missstände beseitigt sind.

Narwin, 28. Februar. Im hiesigen Kohlenrevier ist ein Bergarbeiterstreit ausgebrochen. Am Heinrich-Schacht ist heute nachmittag kein einziger Häuer erschienen. Am sächsische Werke im Revier wurde eine mit 1500 Unterschriften versehene Forderung nach Einführung der siebenstündigen Lohnauszahlungen gestellt. Eine Konferenz der Grubenbesitzer und ihrer Direktoren beschloß die Abweisung dieser Forderung. Infolgedessen wird ganz gewiß im ganzen Ostrau-Narwiner Revier ein allgemeiner Streit ausbrechen. Forderungen: Gehaltszunahme, wöchentliche Auszahlungen. Der Streit ist im Narwiner Revier nahezu allgemein. Auf dem Heinrich-, Franziska-Tiefbau- und Johann-Schacht des Grafen Barisch ist bei der heutigen Erkundung nicht ein Mann angefahren. Auf dem Hohenegger-Schacht des Erzherzogs Friedrich sind 10 Prozent und auf dem Gabrielen-Schacht ungefähr 25 Prozent eingefahren. Es ist sicher zu erwarten, daß sich der Streit in den nächsten Tagen auch in den übrigen Orten des Ostrau-Narwiner Reviers ausbreiten wird. Die Streikenden verhalten sich sehr ruhig. Aus der Umgebung sind gegen fünfzig Gendarmen eingetroffen, die bei den Gruben patrouillieren.

Mährisch-Ostrau, 28. Februar. Die Zahl der Streikenden hat bereits 10000 überschritten. Gestern wurden folgende Forderungen von ihnen überbracht: Wiederaufnahme der bereits eingesetzten Arbeit; 25 prozentige Lohnzunahme; wöchentliche Lohnauszahlung; Entfernung zweier Betriebsleiter; Unterlassung jeder weiteren Rücksichtigung an Arbeitern.

Buzern, 28. Februar. Am Sonntag beginnt nunmehr der Streit auf dem ganzen Nordostbahnhuk.

Paris, 28. Februar. (Hirsch T.-B.) Sämtliche Arbeiter der Kohlengruben von Lens sind in den Ausstand getreten. Die Lage ist äußerst bedenklich, da die Grubendirektoren sich категорisch weigern, mit den sozialistischen Abgeordneten in Unterhandlungen zu treten.

Die Metallarbeiter Dresdens beschlossen am 25. Februar, an den Kongress zu Berlin den Antrag zu stellen, die Generalkommision aufzuheben und an ihrer Stelle einen Korrespondenten zu wählen, dessen Aufgabe die Pflege internationaler Beziehungen und die Leitung einer intensiven Agitation in den gewerkschaftlich rückständigen Teilen Deutschlands ist. Der Antrag wird damit begründet; die proletären Verhältnisse der Gewerkschaften Deutschlands gestatten eine Unterhaltung des kostspieligen Verwaltungsbürokrates der Generalkommision nicht; die Generalkommision kann die ihr gestellten Aufgaben teilweise nicht erfüllen; die Generalkommision ist infolge ihrer bürokratischen Organisation für die freie Entwicklung der Gewerkschaften hinderlich.

Das größte industrielle Etablissement in Schlesien ist die Vereinigte Königs- und Laurahütte. Das Werk vergrößert ihre Waggonfabrik, für welche bisher Puffer etc. aus anderen Fabriken bezogen wurden, durch Anlegung einer Schmiede mit 8—10 Fallhammern, um sich völlig selbstständig auch in diesem Zweige zu machen. Nach der Katowicer Seite beschäftigt das Werk jetzt etwa 15000 Mann. Die Gesellschaft hat den Bienenhof bei Gleiwitz für 450000 Mk. angekauft und will dort eine Schacht anlegen.

Die Internationalität des Kapitals pariert die Angriffe des deutschen Börsengesetzes damit, daß es Börsenrichtungen zur Verlegung der Börsengeschäfte nach Ländern trifft, wo gelegentliche Erschwerungen nicht bestehen. So wird z. B. in rheinischen Bankkreisen, wie man der Berliner Börsen-Zeitung aus Düsseldorf drahtet, mit der Absicht umgegangen, zu der bereits bestehenden Polierung einzelner Industriewerte in Brüssel noch eine grössere Anzahl rheinisch-westfälischer Aktien dort einzuführen.

Die Farbensymphonie der Wirklichkeit, deren grelle Tönungen sich einzig und allein, wie in dem blendenden Weiß der Sonnenlichtes, in dem nachshauernden, widersprüchsvollen Empfinden des Künstlers auslösen. Man hört sie gleichsam flingen, diese grünen Lichter, die auf den blauen Blättern des sommerlichen Friedhofs spielen und, schrill durchdringend von dem sinnenden Gelb des Pickweges, eine törichtlich-wehmütige Ullerseelen-Melodie summen. Und das ist eine Empfindung, so groß, so frisch, so wahr, wie sie uns eben nur die Sonne, die vielsechtmähte Sonne der Modernen ins Herz zaubern kann.

Aber man sieht diese Sonne der Modernen und ihr wundersames Farbenspiel nicht, so lange man die verschuldeten Augen eines ästhetischen Schulmeisters im Kopfe trägt. Und weil wir alle schon mit solch verschuldeten Augen auf die Welt blicken und überdies noch viele Jahre lang geblendet wurden, die Welt um uns gleichsam durch die gehetzte Farbenbrille unserer Bildbücher zu betrachten, so haben wir alle zuerst die klatschende Ohrfeige nötig, die uns Augen, Mund und Nase aussperrt, damit wir zu sehen, zu atmen und zu riechen wagen. Wenn in unseren Büchern hundertmal geschrieben steht, daß alle Blätter vom sommerlichen Baum grün seien, so ist das darum noch lange nicht wahr, und der moderne Künstler, der unter gewissen Umständen blaue Blätter malt, hält nur mit dem Pinsel fest, was wir bei gleicher Beleuchtung alle selber schauen, ohne uns im einzelnen Hause dessen bewußt zu werden. Das ist nur ein Beispiel für die tausende von neuen Farbenblüten und Farbenabstufungen, die das geschärfste Künstlerauge der modernen Meister der Wirklichkeit abgeguckt und für die Malerei erobern hat. Anstatt über diese Revolutionäre der Kunst zu spotten, sollten die Blindgeborenen unserer Tage ihnen danken, daß sie sie sehen lehren, und anstatt sich zu beklagen, daß ihnen die Augen weh thun, sollten sie sich dieses kleinen Schmerzes freuen; denn er beweist ja nur, daß die Staroperation gelungen ist.

Führen, um, falls die Umfänge in Deutschland durch die Gegebung erschwert werden, das Geschäft darin nach der Brüsseler Börse zu leiten.

Vereine und Versammlungen.

Der sozialdemokratische Verein Leipzig-Westbezirk hielt am 26. Februar abends in der Gesellschaftshalle zu Lindenau eine Mitgliederversammlung ab. Zunächst gab der Vorsitzende Genosse Müller bekannt, daß der Tod wieder einen wackeren Streiter in dem Genossen Förster in Plagwitz dahingerafft habe. Die Versammelten erhoben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen. Ferner teilte der Vorsitzende mit, daß am ersten Osterfeiertag ein großes Konzert mit darauffolgender Abendunterhaltung im Felsenkeller zu Plagwitz stattfinden werde. Hierauf hielt Genosse Lange einen Vortrag über Klassenkampf und Kunst, in dem der Redner u. a. die feindliche Haltung der Behörden der modernen Dichtung gegenüber gejelte. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag mußten einige Vereinsangelegenheiten der vorgerückten Zeit wegen bis zur nächsten Versammlung verlegt werden.

Eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung tagte am Montag den 24. Februar im Römischen Hof. Tagesordnung: 1. Gewerkschaftliches; 2. Stellungnahme zur Landeskongress und Wahl eines Delegierten; 3. Neuregelung der Krankenunterstützung. Beim ersten Punkt beschwerten sich einige Kollegen von dem vielbekannten Werkplatz h. Späte über das Nichtbezahlen des komplizierten Steinbruches. Sie werden von der Versammlung auf ihre Rechte laut Tarif aufmerksam gemacht. Ein Ründigungsfall von dem Platz Einsiedels Nachb., D. Müller, wird als Wahlregelung betrachtet, über die sich verschiedene Redner abfällig aussprechen. Auch die Einstellung der Steinmänner auf dem Chemischen Werkplatz wird von verschiedenen Seiten verurteilt und wird diese Sache zur Regelung dem Agitationskomitee überwiesen. Einige Kollegen werden wegen Aussperrung wöchentlich mit 12 M. unterstützt. Die Unterstützung soll durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden. Es wird zur Kenntnis gebracht, daß der Kollege Schmitz gestorben ist. Unter dem zweiten Punkt wird ein Delegierter zur diesjährigen Landeskongress gewählt, die am 8. März in Burgen tagt. Beim dritten Punkt wird beschlossen, die Krankenunterstützung in jedem Falle, unter vorheriger Einwendung des Organisationsbüros an den Vertrauensmann, vor das Forum einer Versammlung zu bringen.

Dezentrale Versammlung der Steinsetzer und Berufsgenossen. Die Versammlung tagte am 25. Febr. im Universitätskeller mit der Tagesordnung: 1. Das Antwortschreiben der Meister über Lohn- und Arbeitsstätt und Stellungnahme dazu; 2. Die Konferenz in Aschersleben und event. Wahl von Vertretern; 3. Gewerkschaftliches. Zum 1. Punkt führte Kollege Franke aus, es sei eine Schmach für unser Gewerbe, daß die Meister den Gesellen jetzt noch schlechtere Arbeitsbedingungen anbieten, als wie sie vor zehn Jahren bestanden. In ihrem Schreiben bewilligen nämlich die Herren Meister: 1. eine zehnstündige Arbeitszeit; 2. 42 bis 48 Pf. Stundenlohn; 3. Junggesellenlohn 38 Pf.; 4. Pausen: vormittags um 10 Uhr, 15 Minuten und nachmittags 3 Uhr nur 10 Minuten. Überstunden sollen möglichst vermieden werden, wenn aber erforderlich, soll es keinen Nachschlag geben. Und schließlich soll der Lohn Sonnabends nach Feierabend ausgezahlt werden, obwohl der Wochenabschluß Freitags stattfindet. Das Antwortschreiben wurde an das Streikkomitee verrieben, das mit den Meistern in mündlicher Verhandlung treten soll. Mehrere Redner wollten das Resultat der Konferenz in Aschersleben abwarten. Sollten bis dahin die Meister nicht annnehmbare Bedingungen gefestigt haben, so müsse event. wieder in den Streik eingetreten werden. Folgender Antrag wurde angenommen: "Die öffentliche Versammlung der Steinsetzer und Berufsgenossen beschließt, im Lohntarif die Forderung von 50 Pf. Mindestlohn pro Stunde, 75 Pf. pro Überstunde, 8 stündige Arbeitszeit, 20 Min. Pause vormittags sowie nachmittags und die Auszahlung des Lohnes am Sonnabend vor beendeter Arbeitszeit festzuhalten." Es wurden noch vier Kollegen und ein Berufsgenosse als Delegierte nach Aschersleben zur Konferenz gewählt, die am 1. und 2. März stattfindet.

Freie Musiker-Vereinigung. Mitglieder-Versammlung am 21. Februar im Universitätskeller. Tagesordnung: Steuerberichtigungen und Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Beschlusstreffung über das dritte Stiftungsfest; 3. Gewerkschaftliches und innere Angelegenheiten. Beim 1. Punkt wird über schlechte Eingänge von Steuern geschlagen. Es soll in Zukunft nicht mehr so viel Rücksicht auf die Steuerrestanten genommen werden. Ein neues Mitglied wird aufgenommen. Zu Punkt 2 beschließt man, am 18. März das dreijährige Stiftungsfest abzuhalten. Dem Vorsitzenden wird die Vollmacht erteilt, für ein passendes Lokal zu suchen, in dem auf die

Kleine Chronik.

Leipzig, 28. Februar.

Die Kunst der Trophäen aus dem Afrikakrieg. Aus London wird uns geschrieben: "Das erste Detachement der Kroberer von Kumassi, im Ashantiland, ist mit seinen Trophäen nach Liverpool zurückgekehrt. Die blutlose militärische Promenade nach Kumassi ist also wirklich beendet und der um ihren Schwiegerson trauernden Königin Bistoria werden als Trophäen des Feldzuges vor die Füße gelegt: 1. das Henkerhaupt des Königs Premeh; 2. sein Thron, aus einer Zwiesackbuche bestehend. Das Henkerhaupt soll in der bekannten königlichen Oper Mikado, die im Saal zur Neuauflage kommt, verwendet werden. Der Thron, ja, der geht wohl in Mme. Tussauds Wachsfigurenkabinett. Und der Prinz Heinrich von Wattenberg hat dieses glänzende Resultat nicht erlebt!"

Goethesche Sprüche

(Aus den Gesprächen mit Eckermann).

Es müßte schlimm zugehen, wenn ein Buch unvorlänglicher wirken sollte als das Leben selber, das täglich der standlosen Scenen im Überfluß, wo nicht vor unseren Augen, doch vor unseren Ohren entwickelt.

*
Die Deutschen können die Philister nicht loswerden.

*
Es ist gar viel Dummes in den Sätzen der Kirche. Aber sie will herrschen, und da muß sie eine bornierte Masse haben, die sich duckt, und die geneigt ist, sich beherrschen zu lassen.

*
Scheiße viel ist zu erreichen durch Strenge, mehr durch Liebe, das meiste aber durch Einsicht und eine unparteiische Gerechtigkeit, bei der kein Ansehen der Person gilt.

Humoristisches.

Im Eifer. "... Ach, geh' Sie, Doktor — die Männer lungen alle nichts; und wenn mal ein gutes Haar an einem ist — dann ist es ihm ausgegangen!"

Auf der Sekundärbahn. Reisender (im Coups): "... Um alles in der Welt, warum bleibt denn der Zug auf der Strecke stehen?" — Kondukteur: "... Heuer ist dem Lokomotivführer aus gegangen — da muß er ins nächste Dorf gehen und Streichholz holen!" (Gl. Bl.)

Kellnerfrage (laut Beschuß des Gewerkschaftskontrollen) Beobachtet genommen wird. Zum 3. Punkt liegt eine Beschwerde gegen ein Mitglied vor, das gegen die Interessen der Vereinigung gehandelt haben soll. Es wird beschlossen, das Mitglied zur nächsten Mitgliederversammlung zu laden und event. nach § 4 des Statuts gegen es zu verfahren.

Versammlungskalender.

Freitag: Verein für Naturfreunde L. Gattung. Mahnraum zu Tuerkasse. Abends ab 9 Uhr. Vortrag von Herrn G. Dicker aus Bern. Thema: "Schwimmer (Arbeiter und Arbeitnehmer). Hera, Wissensblätter. Abends 20 Uhr. T.-D.: 1. Krieg und Krieg der Gewerkschaftsbewegung. Meier: Kollege 20 Uhr aus Hamburg. 2. Wie helfen, das die Leipziger Schwimmer. Versammlung. Mittwochabend, 1. Die gesamtwirtschaftliche Krise des Arbeiters. 2. Die Sparte über die 3. Gewerkschaftliches. **Samstag:** Dezentrale Versammlung der Gewerkschaften und Arbeitnehmer. 1. Auflösung des Gewerkschaftsvereins. 2. Gewerkschaftliches. **Sonntag:** Konsolidierung für Döhl und Umgegend. Bahnhof zu Crotewitz. Nachmittags 3 Uhr. T.-D.: 1. Kulturstammtisch über die heutige Angelegenheit in der Verwaltung. 2. Stellungnahme gegen die Vergebung der Staatsarbeiter. 3. Antrag Rückzug. 4. Beschiedenes.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

g. Zwickau, 28. Februar. Gestern abend fand eine öffentliche Zimmerversammlung statt, in der Schräder-Hamburg referierte. Zu Bezug auf die Lohnbewegung teilte die gewählte Kommission mit, daß die Meister den Bescheid erhielt haben, nur mit der Gesellenkommission der Fünning zu unterhandeln, an diese solle sich die Kommission der Zimmerer wenden. Die Versammlung beschloß aber, auf der Forderung von 32 Pf. Mindestlohn pro Stunde zu beharren und sollen die Vertrauensleute nicht mit der unbekannten Gesellenkommission, sondern mit den Meistern direkt verhandeln.

Wo Dresden an der Spree marschiert. Demnächst wird voransichtlich in Berlin ein kriminalpolizeilicher Kongress von Vertretern deutscher Städte mit über 5000 Einwohnern Instruktionen für die Einführung des Bettolianschen Systems der Personenmessung beraten. Die Anregung geht von der Dresdener Polizeidirektion aus.

Gerichtsraum.

Schwurgericht.

Leipzig, 28. Februar.

Des Meineds angestellt hatte sich der 44 Jahre alte Agent und Inhaber eines Kommissionsgeschäfts in Halle, Karl Hermann Schröder aus Zeulenroda, zu verantworten. Schröder ist am 16. August 1872 vom Schwurgericht Magdeburg wegen schweren Raubes mit fünf Jahren Buchthaus, sowie wegen versuchten und vollendeten Betrugs und je zweimal wegen Bekleidung und Körperverletzung bestraft worden. Endlich ist er am 1. Juli 1895 vom Schwurgericht Halle wegen Urkundenfälschung, Betrugs und Meineds unter Averstzung von zwei Monaten der Untersuchungshaft zu fünf Jahren Buchthaus, 150 Mark Geldstrafe, event. weiteren zehn Tagen Buchthaus und fünf Jahren Chorverlust verurteilt worden. Diese Strafe verbüht Schröder seit dem 2. Juli 1895 im Buchthause zu Leichtenburg.

Schröder wurde im Jahre 1894 vom Hausbesitzer G. in Halle beauftragt, einen Kauf gegen Austausch einer Hypothek zu vermitteln. Vom Agenten R. in Leipzig wurde Schröder auf das Fuhrgeschäft des Herrn V. in Niednitz aufmerksam gemacht. Sch. und R. trafen mit V. in Unterhandlung; letzter versprach, falls der Verlauf seines Fuhrgeschäfts perfekt würde, an Sch. 600 und an R. 400 Mark Provision zu zahlen. In der Wohnung Sch.s in Halle, fertigte Sch. am 7. Juni 1894 mehrere den Verlauf und die Abmachungen bezügliche Urkunden an, die V. unterschrieb. Kurz darauf kam der Kauf zu Stande und erhielt Sch. von V. abhängiglich der Provision 500 Mark gezahlt. Als Verkaufssumme wurden 40 450 Mark vereinbart, worauf eine Hypothek über 39 000 Mark in Zahlung gegeben wurde. Schröder änderte nur die erwähnten Urkunden dahin ab, daß als festler Kaufpreis 35 000 Mark vereinbart seien und daß die durch den Verkauf mehrverzierte Summe an ihn (Schröder) von V. abgetreten werden sollte. Am 14. Juni 1894 verklagte Schröder im Verein mit einem gewissen Biedermann, den er angeblich 300 Mark der Provision V.s zahlt hatte, den V. auf Zahlung der versprochenen Provision von 600 Mark, obgleich er nur noch 100 Mark zu bekommen hatte. Später beschwore er, daß er die 500 Mark von V. als Abschlagszahlung auf den überstieghenden Verkaufsertrag von 5000 Mark erhalten habe. Wegen Fälschung jener Urkunden, Betrugs und Meineds erfolgte die Verurteilung vom Schwurgericht in Halle. Die in Zahlung genommene Hypothek erwies sich als wertlos und strengte V. deshalb zur Deckung der Kaufsumme gegen G. am 8. November 1894 eine Arrestklage an.

Zu diesem Prozeß wurde Schröder am 6. Dezember 1894 vor der 3. Civilkammer des Landgerichts Leipzig eidlich vernommen. Hier hat Schröder die erlittenen Freiheitsstrafen auf ausdrücklichen Vorhalt verschwiegen und bezeugt, daß er nur je zweimal wegen Bekleidung und Körperverletzung mit geringen Geldstrafen bestraft sei und daß der Kaufpreis des Fuhrgeschäfts auf 35 000 Mk. festgesetzt und ihm der Mehrertrag von 5000 Mk. versprochen worden sei. V. habe schon auf Zahlung von 600 Mk. als Teil der 5000 Mk. verklagt und sei V. auch zur Zahlung verurteilt worden. Von dem Käufer G. habe er 400 Mk. erhalten. Dieser Eid war falsch; selbst die 400 Mk. hat Sch. von G. nicht in dieser Angelegenheit, sondern in einer anderen Sache erhalten. Am 15. Februar 1895 hat Schröder in einer Eingabe an das Oberlandesgericht Dresden seine Aussage vom 6. Dezember 1894 auch bezüglich der Vorstrafen berichtigt. (Das Urteil siehe unter Leichte Nachrichten.)

z. Dresden, 28. Februar. Vor dem hiesigen Landgericht hatten sich gestern drei Eisenbahnbeamte zu verantworten, denen die Schuld beigelegt wurde, an einem Eisenbahnunglück, das im Herbst vergangenen Jahres auf der in unmittelbarer Nähe Dresdens liegenden Eisenbahnstation Mochbern passierte und die mehr oder minder schwere Verletzung von zehn Mann des Bahnpersonals und außerdem sehr erheblichen Materialschaden herbeiführte. Es handelte sich um den Zusammenstoß eines Rangierzuges mit einem in voller Fahrt befindlichen Kohlenzug, den die Angeklagten, ein Rangiermeister und zwei Weichensteller, durch Nachlässigkeit resp. falsche Weichenstellung verursacht haben sollten. Die Verhandlung enthielt Zustände von einer Beschaffenheit, wie sie bei der preußischen Eisenbahn-

verwaltung nicht für möglich gehalten werden sollten. So wurde u. a. festgestellt, daß auf Bahnhof Mochbern unter den Augen und mit Wissen der Behörden regelmäßig und ständig auch auf den Gleisen rangiert wird, die von den aus- und einfahrenden Personenzügen benutzt werden und zwar stets bis zum letzten Augenblick, bis zum Ein- oder Ausfahren der Böge. Es ist geradezu wunderbar, daß unter diesen Umständen nicht schon längst ein furchtbare Unglücks geschehen ist, umso mehr, als gleichfalls vor Gericht festgestellt wurde, daß das Zeichen, welches die Einfahrt von Bögen signalisiert, von allen in Betracht kommenden Punkten des Bahnhofs gar nicht gesehen werden konnte. Und weshalb wird in so unverantwortlicher Weise mit Leben und Sicherheit von Reisenden und Beamten in Mochbern umgegangen? Die Bahnhofsanlagen sind so klein und mangelfhaft auf dieser sehr stark befahrenen Station, daß man, um den gestellten Anforderungen in der gegebenen Zeit zu genügen, von der Beobachtung der vorhandenen Vorschriften absiehen muß. Die arme preußische Eisenbahnverwaltung, die im letzten Jahre mehr wie eine Milliarde vereinnahmte, hat aber kein Geld, um die Vergrößerung der Bahnhofsanlage vornehmen zu können! Kommentar überflüssig! — Die angekündigten Unterbeamten wurden unter Berücksichtigung der angegebenen Umstände dem auch kostenlos freigesprochen. Moralisch verurteilt ist damit die Eisenbahnverwaltung. Was sagt Herr Thiele dazu?

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 28. Februar.

Die gestern gemeldete Änderung der Sohn-Binding-Voigtschen Wahlrechts-Petition an den König ist wieder rückgängig gemacht worden. Herr Dr. Hans Voigt veröffentlicht heute folgende Erklärung:

Das Inserat in der gestrigen Nummer ist durch ein Verschulden meinerseits veröffentlicht worden. Aus juristischen Kreisen waren Bedenken gegen die verfassungsmäßige Gültigkeit des Schlussausschlusses gemacht, und es war eine Anfrage wegen einer Abänderung nach Altai, von wo die Petition ausgegangen ist, gerichtet worden. Eine Notiz hierüber war vorbereitet: durch meine Schuld ist sie vor der Entscheidung der Angelegenheit der Presse zugegangen!

Ein Komiteebeschluß ist nicht erfolgt.

Vielleicht haben sich die maßgebenden Persönlichkeiten, vor allem Herr Geheimrat Sohm, entschieden gegen eine Änderung ausgesprochen.

Der Wortlaut der Petition bleibt somit unverändert und die Petition ist in der ursprünglichen Fassung bereits gestern nach Dresden abgegangen.

Prof. Rudolf Sohm erläutert außerdem noch folgende Erklärung:

Ich erkläre hiermit öffentlich: 1. daß ich die Wahlrechts-Petition an Se. Majestät den König nicht verfaßt, aber mitunterzeichnet und für die Verbreitung derselben am hiesigen Tage gewirkt habe;

2. daß ich mit dem "Komitee" das heute im Leipziger Tageblatt eine nach meiner Ansicht gänzlich unnötige und verkehrt erachtete Änderung der Petition befürwortet, nichts zu thun habe. Ich habe von dieser Änderung erst heute durch das Leipziger Tageblatt erfahren.

3. Wenn der ursprüngliche Wortlaut der Petition nicht wieder hergestellt wird, so ist meine Unterschrift der Petition null und nichtig.

Melchior zur Straße, Professor an der Leipziger Kunstabakademie und Direktor des Leipziger Kunstmuseum, ist gestern im 64. Lebensjahr an einem Lungenschlag verschieden. Er war am 28. Dezember 1882 zu Münster in Westfalen geboren, lernte seit 1850 bei dem Bildhauer Imhof in Köln, kam 1854 in Nauchs Atelier nach Berlin, wo er bis zu dessen Tode (1857) blieb. Dann begab er sich nach Rom, wo er 1863 nach Berlin zurückkehrte und das ehemalige Atelier Nauchs bezog. 1870 bis 1875 wirkte er als Professor an der Kunsthochschule in Nürnberg und folgte dann einem Ruf an die Leipziger Akademie.

Dass auch im Lehrerberufe Neuerfüllung herrscht, beweist der Umstand, daß sich um die neu zu begründende dreizehnte ständige Lehrerstelle in Stötteritz nicht weniger als 41 Lehrer beworben haben.

Wegen der Revision der Universitätsbibliothek werden die Studierenden, die Bücher entliehen haben, aufgefordert, diese am 28. Februar, 2. und 5. März gegen Zurückgabe der Empfangsbefreiungen abzuliefern. Alle übrigen Entleiher werden aufgefordert, die an sie verliehenen Bücher am 9., 10. und 11. März zurückzugeben. Während der Revisionszeit (2.—14. März inkl.) können Bücher an Benutzer, die nicht Dozenten der Universität sind, nur ausnahmsweise nach Hause versiehen werden. Der Lesesaal ist während derselben Zeit nur vormittags geöffnet.

Mehr als zwanzig Studierenden, die den vorgeschriebenen Umtausch ihrer Legitimationskarten nicht bewirkt, auch der deshalb an sie unter Androhung der Exmatrifikation erlassenen Vorladung nicht entsprochen haben, ist das akademische Bürgerrecht entzogen worden.

Kapitalisten-Willkür. Dass der Kapitalist nicht nur die Schaffenskraft "seiner" Arbeiter laust, sondern sich auch als thalassächscher "Herr" über den Lohnkuli fühlt, dafür gibt es Beispiele ohne Zahl. Ein recht drastischer Fall dieser Art wird uns aus Böhmis-chenberg berichtet. Vor Jahr und Tag schon zwang der dortige Fabrikbesitzer Schlobach "seine" Arbeiter bei Androhung der Hungerstrafe zum Austritt aus dem dortigen Arbeiterverein. Diese Heldenhat à la Stumm scheint Herrn Schlobach für seinen Kuhu noch nicht genügend. Ein hiesigen Restaurateuren hatten jüngst zwei Werbeträger des Schlobach beeinflusst, das Abonnement auf die Leipziger Volkszeitung aufzugeben. Die Frage eines Arbeiters nach der fehlenden Lektüre blieb ohne genügende Beantwortung, weshalb die Arbeiter nun in einem anderen Restaurant verkehrten, in dem sie die gewünschte Lektüre fanden. Das Wegbleiben der Gäste gab nun dem ersten Restaurateur zu Klagen gegenüber den beiden Werbführern Anlaß, die das Verhalten der Arbeiter an Herrn Schlobach jum. berichteten, worauf dieser erregt in die Fabrik kam und jenem Arbeiter, der den Restaurateuren nach der fehlenden Lektüre gefragt hatte, zurrief: "G. Sie habt K. boykottiert; Ihr hört sofort auf; es müssen noch mehrere springen und wenn das nicht aufhört, schließe ich 'mal ganz und gar zu!" — Der Arbeiter G. mußte "springen" und hat nun Muße, über kapitalistische Selbstherlichkeit Betrachtungen anzustellen. Dasselbe werden zweifellos aber auch die anderen Arbeiter thun, bei denen die Schneidigkeit der Herrn Fabrikanten sicher einen nicht erwarteten Eindruck machen und zu der Erkenntnis beitragen wird, daß nur ein enger Zusammenhang

unter den Arbeitskollegen so willkürliche Maßregelungen zu verhindern vermögen.

An dem in die diesjährige Vormesse fallenden Buschte Mittwoch den 4. März und Sonntag den 8. März ist der Verlehr in den Geschäftsräumen der hier zur Vormesse mit Musterlägern anstaltlichen Fabrikanten und die Entgegennahme von Bestellungen auf Grund der ausgestellten Muster in den Stunden von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends ununterbrochen gestaltet.

Die diesjährige Stutzenmusterung und Fohlenshau mit Prämierung soll für das Buchgebiet Sommerfeld am 5. Mai vormittags 9 Uhr in dem genannten Orte stattfinden.

Personaländerung beim Landgericht. Auf seinen Antrag tritt Herr C. Theodor Preuer, Sekretär der IV. Strafsammer des Landgerichts Leipzig, am 1. Mai dieses Jahres nach 41jähriger Dienstzeit in den Ruhestand. An seiner Stelle ist Herr Wüstling vom Amtsgericht Crimmitschau zum Sekretär ernannt worden. Preuer ist ein allgemein beliebter Herr, der sich frei zu halten wusste von dem so oft beliebten schroffen Wesen des Beamtenums.

Eine partielle Mondfinsternis, die wir bereits vor einigen Tagen ausführlich schilderten, findet heute am 28. Februar statt. Sie beginnt abends 7 Uhr 16 Minuten und dauert bis 10 Uhr 15 Minuten.

Vermischt wird seit dem 25. d. M. der Schuhluke Friedrich Adolf Richter, geboren am 22. Mai 1883 in Chemnitz, bei seinen Eltern Breitenfelder Straße 12 in Gohlis wohnhaft. Richter ist dunkelblond, hat blaues Gesicht und ist bekleidet mit dunklem Anzug, Überzieher, blauer Mütze und führt einen Handschuh bei sich, in dem sich Wäsche befindet. Der Vermisste wollte sich nach Ossig bei Zeitz begeben, ist dort aber nicht eingetroffen.

Auswanderer-Elend. Eine Auswandererfamilie, die in einem Gasthof der Gerberstraße logiert hatte, wurde dort heute morgen auf die Straße gesetzt, da sie kein Geld zur Bezahlung der Rechnung hatte. Weidhähnige Leute nahmen sich wenigstens der Kinder der Auswanderer an.

Arbeiterrisiko. Beim Bahnhofbergang nach Schönefeld kollidierten gestern zwei schwerbeladene Lastwagen. Beide Fahrer erlitten dabei Verletzungen, so dass sie ins Krankenhaus gebracht werden mussten. — An einem Bau in der Karl-Heine-Straße wurde ein Maurer von herabfallendem Eisenrohr getroffen und verletzt.

Ein Herzschlag machte am Mittwoch abend in einem Restaurant der Eisenbahnstraße dem Leben eines 41 Jahre alten Schaffners ein Ende. Der Schaffner, der verheiratet und Vater dreier Kinder ist, fiel plötzlich als Leiche vom Stuhle.

Einen Selbstmordversuch mache am Mittwoch abend in seiner Wohnung in der Alberstraße ein 18 jähriger Expedient aus Oberhau, der bei einem hiesigen Rechtsanwalt in Stellung war. Er schoss sich mit einem Revolver in die Brust. Schwer verletzt wurde er ins Krankenhaus gebracht. Die Gründe der That sind noch unbekannt.

Wegen Sittschaftsvergehen gegen § 176 Abs. 3 des Strafgesetzbuchs wurde ein 40 jähriger Maurer aus Sondershausen von der Polizei in Haft genommen.

Wegen nächtlicher Ruhestörung wurde gestern nacht ein Student, der allerhand Unruhe verübt, in der Kronprinzstraße verhaftet. Verschiedene Hausleute halte er durch Klingeln an der Haustür geweckt. Als er vorübergehende Mädchen durch zötige Nieder insultierte, schritt ein Schuhmann ein. Auch bei der Aaratur legte der flotte Bursche noch weitere Proben seiner höheren Bildung ab.

Eigentumsvergehen. In Haft genommen wurde ein 28 Jahre alter Kaufmann aus L.-Neustadt, der eine goldene Remontoiruhr mit Kette, die als gestohlen bei der Polizei angemeldet war, versetzen wollte. — In einem Materialwarengeschäft in der Hospitalstraße verübten gestern abend unbekannte Diebe einen Einbruch, bei dem sie jedoch gestört wurden, so dass sie die Flucht ergreifen mussten. Zumindesten hatten sie schon einen Pult einen wesentlichen Geldbetrag entnommen. — Aus einem Hause des Hanstdörfer Steinwegs wurden von dem Wagen eines auswärtigen Fuhrmanns vier Sack Getreide entwendet.

Feuerbericht. Ein gröheres Schadensfeuer entstand gestern abend in einer Restauration der Bayerischen Straße. — In der Ratskellerstraße 3 in Volkmarisdorf kam ein Stubenbrand aus. Ein Knabe hatte mit Streichhölzchen gespielt und wäre dabei beinahe selbst mit zu Schaden gekommen. — Kleine Brände fanden noch in der Poniatowskystraße und in der Nordstraße statt. In allen Fällen griff die Feuerwehr ein.

Nebersfahren wurden gestern zwei Personen. In der Stephanstraße wurde ein 7 jähriger Knabe von einem ungeeigneten Radler umgerissen und mehrfach verletzt. — Ein 19 Jahre alter Schneiderfelsing wurde von einem Fleischergeschirr in der Emilienstraße überfahren.

Großzuschlag. Auf dem Elstermühlgraben brachen am Mittwoch nachmittag drei Schulknaben beim Viegeschlagen durch das Eis. Einer von ihnen vermochte sich selbst wieder aus dem Wasser zu retten, während der zweite von einem Schulkollegen herausgezogen wurde. Der dritte der Eingebrachten aber geriet unter das Eis und fand den Tod. Nach dem Befestigen des Eises wurde der Leichnam des unglücklichen Knaben abends in der siebenten Stunde gefunden.

Schönefeld. (Gemeinderats-Sitzung vom 21. Febr.) Mehrere Steuererlaß- und Gestundungsgefaue finden im Sinne der Geschäftsführer ihre Erledigung. Von einem Schreiben des Leipziger Rates, Ablehnung des Gesuches um Heraufsetzung des Zinszuges der Anteile von 120 000 M. wird Kenntnis genommen. Gegen ein eingereichtes Konzessionsgesuch des Herrn Michel zur Errichtung eines Cafés sind Bedenken nicht zu erheben. Es wird weiter Kenntnis genommen von einem Schreiben des Rechtsanwaltes Dr. Melly, Entrichtung des Vorflutschleusenbeitrages durch die Mittelgutsbesitzer betreffend. Es wird hierzu befohlen, die Forderung von 5000 M. als Beitrag für den Anschluß der Mittelgutsbesitzer aufrecht zu erhalten. Ein Gesuch der Restaurationsinhaberin Müller um Heraufsetzung des Preises des von ihr von der Gemeinde zu erwerbenden Areals, als Ausgleich für die von der Gemeinde gestellten Bedingungen, wird abgelehnt. Bezüglich des Nachtrages zum Anlagenregulativ, die Heranziehung der Beamten mit festem Diensteinkommen mit $\frac{1}{3}$ des Einkommens zur Schul- und Kirchensäfte, ist von der Amtshauptmannschaft Anfrage ergangen wegen der getrennten Verwendung der Gelder. Eine diesbezügliche Erklärung soll abgegeben werden. Ein Antrag des Gemeindevorstandes auf Beschaffung eines Verwaltungsgebäudes aus Mitteln der Sparkasse gelangt zur Beratung. Es scheint sich aber kein Mitglied

damit beschäftigen zu können. Die Baukommission wird beauftragt, darüber Erhebungen anzustellen, ob im jetzigen Verwaltungsgebäude genügende Räumlichkeiten zu beschaffen sind. Ein Nachtrag zur Ortsbaurobung, die offene Bauweise betreffend, wird verlegt.

Aus den amtlichen Bekanntmachungen.

Konkursverfahren. Über das Vermögen des Kaufmanns Siegmund Romis, Inhabers des Betriebsverleihgeschäfts hier, Windmühlenstraße 22, wurde am 24. Februar 1896 vormittags 10½ Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Herr Rechtsanwalt Dr. Dieck hier wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 27. März 1896 bei dem Gerichte anzumelden.

Gemeinde-Zeitung.

In dem Specialbudget Städtische Volksschulen, das von der Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung der vorgerückten Zeit werden muss und nun voraussichtlich in der nächsten Woche zur Verhandlung gelangt, stellen die Ausschüsse eine Reihe von Anträgen, von denen als die wichtigsten nachfolgend hervorgehoben sind:

1. zu beantragen, daß denjenigen Direktoren in den einverlebten Vororten, denen bei Übernahme eine große Anzahl Dienstjahre verloren gegangen sind, dadurch eine Vergünstigung zu teilt wird, daß die Gehaltssteigerung von je 300 M. vom Eintritt in den Gehalt von 4500 M. bis zum Ausgleiche nicht älter als 5, sondern aller 3 Jahre stattfindet und zwar bereits vom Beginn des Jahres 1896 ab;

2. zu beantragen, daß § 34 Abs. 2 der Schulordnung aufgehoben werde und zwar mit dem Beginn der Wirkung vom 1. Januar 1896 ab (der § 34 Abs. 2 der Schulordnung lautet: Würde infolge des Fälligwerdens einer Dienstalterzulage das bisherige Einkommen eines aus einem einverlebten Stadtteil übernommenen Lehrers an sich um mehr als 300 M. zu erhöhen sein, so wird gleichwohl dieses Einkommen in jedem einzelnen Falle, in welchem eine Dienstalterzulage fällig wird und an sich zu gewähren ist, nur um 300 M. erhöht).

3. den Rat um eine Vorlage zu ersuchen, durch welche noch für das Jahr 1896 eine bessere Verteilung der Lehrer in der Gehaltsstaffel erfolgt;

4. dem Rat zur Erwögung zu geben, ob nicht die Notstaffel eine Änderung dahin erleiden soll, daß den Lehrern, die das Lebensalter von 28 Jahren erreicht und mindestens 5 Dienstjahre in Leipzig verbracht haben, das Mindestgehalt von 1800 Mark gewährt werde, und

5. dem Rat zur Erwögung zu geben, ob es sich mit Rücksicht darauf, daß die Gehälter der Volkschullehrer schon jetzt im wesentlichen nach der Notstaffel gezahlt werden, nicht empfiehlt, zum reinen Alterszulagsensystem überzugehen.

Der Tarif für die Droschken I. Klasse (Taxameter-Droschken), die voraussichtlich vom 1. April ab zur Einführung gelangen werden, ist wie folgt festgesetzt worden: Einfache Taxe I: 1—2 Personen am Tage innerhalb des inneren und äußeren Droschkenbezirks bis 1000 Meter Wegstrecke 70 Pf., für fernere je 500 Meter Wegstrecke 10 Pf. Erhöhte Taxe II: 3—4 Personen am Tage innerhalb des inneren und äußeren Droschkenbezirks bis 750 Meter Wegstrecke 70 Pf., für fernere je 375 Meter Wegstrecke 10 Pf. Doppelte Taxe III: a) bei allen Fahrten der Nachtzeit (von 1/2 1 Uhr abends bis 7 Uhr morgens), b) bei Fahrten am Tage, soweit sie über die Grenzen des äußeren Droschkenbezirks hinausgehen, bis 500 Meter Wegstrecke 70 Pf., für fernere je 375 Meter Wegstrecke 10 Pf. Für Wartezeit bei allen drei Taxen: vor Beginn der Fahrt bis zu 8 Minuten 70 Pf., im übrigen je 4 Minuten 10 Pf. — 1 M. 50 Pf. die Stunde.

Mit der Weiterführung der Kronprinzstraße zwischen Süd- und Bayerischen Straße wird demnächst der Anfang gemacht. Der Rat hat hierzu zunächst den Betrag von 46 600 M. bewilligt.

Von Nah und Fern.

Güsen, 27. Februar. Bei dem heute früh 6 Uhr ausgebrochenen Brande in einem Hause der Wilhelmstraße verbrannten eine Frau und vier Kinder. Eine Frau verlor sich durch Abspringen tödlich, andere Personen erlitten teils schwere, teils geringere Verletzungen. Der Kaufmann Ottomarkt ist als vermutlicher Brandstifter auf der Brandstelle verhaftet worden.

London, 28. Februar. Das amerikanische Schiff William G. Davis, von Manila nach dem Delaware, wurde auf See von der Mannschaft verlassen. Alle an Bord befindlichen Personen sind bereit und in New York gelandet.

Brüssel, 27. Februar. Die Polizei hob nach einer Meldung bürgerlicher Blätter in der Residenzstadt Laken ein großes Anarchistenfest (?) auf. 20 französische Anarchisten, welche Falschmünzen betrieben, wurden festgenommen.

Bordeaux, 28. Februar. Die vom Chef der Kriminalpolizei bei Friedmann konfiszierte und dem deutschen Polizeihoftester ausgehändigte Tasche enthält sämliche anonyme Briefe, die in der Feuer-Affäre eine Rolle spielen.

Warschau, 27. Februar. Aus Kiew wird gemeldet, daß das chemische Laboratorium der Universität infolge Explosion brennender Stoffe in Flammen steht. Man befürchtet, daß die darin befindlichen Personen umgekommen sind.

Vermischtes.

Berliner Banken und ihre Tantiemen. Es wurden in den Jahren 1888—1891 an die Leiter der folgenden sechs Banken folgende Gewinnanteile (Tantiemen) verliehen:

Diskontogesellschaft	M. 7 712 159
Deutsche Bank	5 160 413
Berliner Handelsgesellschaft	3 750 588
Dresdener Bank	4 691 357
Darmstädter Bank	3 411 480
Nationalbank für Deutschland	1 954 366

M. 26 680 313

Diese 26½ Millionen Mark haben in vier Jahren die nachgebenden Persönlichkeiten von sechs Berliner Großbanken aus ihren Instituten gezogen, die Hansemann, Siemens, Landau, Winterfeldt &c. eine handvoll Deute. Dazu kommen aber noch die Börsenprofite dieser Häupter der Großfinanz und die Tantiemen von vielen Aktiengesellschaften, in deren Verwaltung sie gleichfalls vertreten sind. Arme Missionäre,

auch eine Margarinegeschichte, die gut verbürgt ist, veröffentlicht die Ostsee-Btg. in Stettin. In einer mittleren Stadt Pommerens hatte ein gröheres Materialwarengeschäft vor einiger Zeit seinen Kunden öffentlich angezeigt, daß es von jetzt ab auch von der und der renommierten Fabrik Margarine führe. Wenige Tage später erscheint im Laden ein Großgrundbesitzer aus der Umgegend und macht dem Geschäftsinhaber heilige Vorwürfe, daß nun auch er dieses Zeug, daß der Landwirtschaft Konkurrenz mache, in den Verkehr bringe. Auf den beschuldigten Einwand, daß die Kundschaft die Margarine verlange und daß der Kaufmann, wenn er hier den Wünschen nicht entsprechen könnte, leicht Gefahr laufe, sein Publikum auch in anderen Artikel zu verlieren, erwidert die Antwort: "Sie finden Ihren größten Absatz bei den Besitzern der Umgegend und haben deshalb auf deren Interessen Rücksicht zu nehmen und nicht auf die Leute, die für einige Pfennige Margarine kaufen!" Darauf der Geschäftsmann: "Sie irren, Herr v. X., gerade von Landwirten wird der Artikel bei mir verlangt und gerade auch mit Rücksicht auf sie mußte ich ihn einführen." Empörtes Ausfahren vor der anderen Seite über eine so unerhörte Verdächtigung, woran der angegriffene Kaufmann lächelnd einen eben erst erschlagenen Bestellschein über ein Fass Margarine vorlegt: er trug die Unterschrift des Sohnes des empörten Herrn v. X. Der Sohn war gleich dem Vater Großgrundbesitzer. Herr v. X. hatte nichts mehr zu entgegnen.

Lezte Nachrichten.

Das Schwurgericht verurteilte Schröder (siehe unter Gesichtsaal) wegen Begegnungs zu 6 Monaten Zuchthaus als Bußstrafe zu der vom Schwurgericht zu Halle am 1. Juli 1895 erkannten fünfjährigen Zuchthausstrafe, dabei strafmildernd berücksichtigend, daß Schröder nach § 157 des Str.-G.-G. den Eid geleistet hat, um sich der Strafverfolgung zu entziehen.

Quer durch Leipzig.

St. Sächs. Standes-Amt Leipzig I, Schloßgasse Nr. 22 (umfaßt die Altstadt Leipzig).

St. Sächs. Standes-Amt Leipzig II in L.-Neudnit, Chausseestraße Nr. 11 (dasselbe umfaßt die bisherigen Vororte Neudnit, Anger-Grotendorf, Volkmarisdorf, Sellerhausen, Neufellershausen, Neuschönfeld, Neustadt, Neureudnit, Thonberg).

St. Sächs. Standes-Amt Leipzig III in L.-Gohlis, Kirchplatz 1 (umfaßt die bisherigen Vororte Gohlis und Eutritsch).

St. Sächs. Standes-Amt Leipzig IV in L.-Plagwitz im früheren Gemeindeamt Plagwitz, Kurze Str. 12 (umfaßt die bisherigen Vororte Lindenau, Kleingöda, Plagwitz und Schleußig).

St. Sächs. Standes-Amt Leipzig V in L.-Connewitz im früheren Gemeindeamt Connewitz, Schulstraße 5 (dasselbe umfaßt die bisherigen Vororte Connewitz und Lößnig).

Die Standesämter I, II, III und IV sind für Anmeldungen geöffnet Wochentags von 8—1 Uhr und 3—5 Uhr, Sonntags- und Feiertags von 11—12 Uhr, jedoch nur zur Anmeldung von totgeborenen Kindern und Sterbefällen.

Das Standesamt V ist geöffnet Dienstag, Donnerstag und Freitags vorm. von 8—1 Uhr, nachm. von 3—6 Uhr, Montags vorm. von 8—1 Uhr, Mittwoch und Sonnabends nachm. von 3—6 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11—12 Uhr zur Anmeldung von Sterbefällen.

Eheschließungen erfolgen in sämtlichen Standesämtern nur an Wochentagen vormittags.

Friedhof-Expedition und Kasse für den Südb., Nord- und neuen Johanniskirchhof Schloßgasse 22 in den Räumen des Königl. Standes-Amtes I. Vergebung der Grabstellen auf vorgedachten Friedhöfen, Vereinnehmen der Konzessionsgelde und die Erledigung der sonstigen auf den Betrieb bezüglichen Angelegenheiten. Geöffnet Wochentags von 8—1 Uhr und 3—5 Uhr. Sonn- und Feiertags jedoch nur für dringliche Fälle von 11—12 Uhr. Schlafzeit für den Besuch der Friedhöfe abends 4 Uhr.

Städtische Sparkasse. Expeditionszeit: Jeden Wochentag, Einzahlungen, Rückzahlungen und Kündigungen von früh 8 Uhr ununterbrochen bis nachmittags 3 Uhr. — Effekten-Lombardgeschäfte partizip. links. — Kästle für Einsätze: Otto Barlusch, Tauchaer Str. 5; Brüder Spillner, Windmühlenstraße 37; Heinrich Unruh Nachfolger, Weißstraße 33; Julius Hoffmann, Peterssteinweg 3; H. F. Ritter, Grimmaischer Steinweg 11.

Sparkasse in der Parochie Schönefeld zu L.-Neudnit, Grenzstr. 2, garantiert von der Stadt Leipzig. Expeditionszeit für Sparbücher jeden Wochentag von früh 8 bis Mittag 1 Uhr.

Sparkasse L.-Gohlis expediert Dienstag, Donnerstag und Sonnabend von vorm. 8—1½ Uhr.

Sparkasse L.-Plagwitz expediert Montag, Mittwoch und Freitag von vorm. 8—1½ Uhr.

Sparkasse L.-Connewitz expediert Montag von nachm. 8—6 Uhr und Mittwoch und Sonnabend von vorm. 9—1 Uhr.

Sparkasse L.-Plagwitz expediert jeden Wochentag nachm. von 2 bis 5 Uhr.

Sparkasse L.-Lindenau expediert jeden Wochentag vorm. von 8 bis 12

